

16/102

# Grüne Entwicklungspolitik: Wege in eine gerechtere Welt II

Aktivitäten und Initiativen im Bundestag von 2006 bis 2008

## *Impressum*

Herausgeberin	Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Platz der Republik 1 11011 Berlin <a href="http://www.gruene-bundestag.de">www.gruene-bundestag.de</a>
Verantwortliche	Ute Koczy MdB, Sprecherin für Entwicklungspolitik Obfrau und Mitglied im AwZ Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Platz der Republik 1 11011 Berlin E-Mail: <a href="mailto:ute.koczy@bundestag.de">ute.koczy@bundestag.de</a>
	Thilo Hoppe MdB, Vorsitzender des AwZ, Leiter der AG Globalisierung Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Platz der Republik 1 11011 Berlin E-Mail: <a href="mailto:thilo.hoppe@bundestag.de">thilo.hoppe@bundestag.de</a>
Redaktion	Margarete Misselwitz, Helmut Breiderhoff, Stefan Engstfeld
Bezug	Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, Info-Dienst Platz der Republik 1 11011 Berlin Fax: 030 / 227 56566 E-Mail: <a href="mailto:versand@gruene-bundestag.de">versand@gruene-bundestag.de</a>
Schutzgebühr	€ 1,--
Redaktionsschluss	August 2008

## *Inhalt*

### **Grüne Entwicklungspolitik:**

### **Wege in eine gerechtere Welt II**

Vorwort .....	3
Themen	
1.) Umwelt und Klima.....	4
2.) Tropenwald und Biodiversität.....	8
3.) Rohstoffe .....	12
4.) Ernährung, Landwirtschaft und Hunger .....	14
5.) Weltbank, Währungsfonds und Bankenstandards .....	18
6.) Gesundheit.....	21
7.) Tourismus und Entwicklungszusammenarbeit .....	23
8.) Energieaußenpolitik .....	24
9.) Globalisierung .....	25
Länder und Regionen	
10.) Afrika .....	28
11.) Lateinamerika .....	33
12.) Afghanistan .....	36
13.) China .....	38
Reisen	
14.) Ute Koczy.....	40
15.) Thilo Hoppe.....	41
Glossar	
16.) Anträge (Auswahl).....	42
17.) Kleine und große Anfragen (Auswahl).....	43
18.) Mündliche und schriftliche Fragen (Auswahl).....	44
19.) Reden.....	44
20.) Publikationen .....	45
21.) Internet.....	45
Kontakte.....	48



## *Vorwort*

**Liebe Leserin, lieber Leser,**

mit der zweiten Auflage unseres Readers „Wege in eine gerechtere Welt“ geben wir einen Gesamtüberblick über die entwicklungspolitischen Aktivitäten und Initiativen der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen für den Zeitraum August 2006 bis Mitte 2008.

Entwicklungspolitik leistet einen zentralen Beitrag für die Lösung globaler Probleme. So reichen die Klimapolitik, die globale Agrarpolitik, die Energie- und Rohstoffpolitik, Handels- und Menschenrechtspolitik sowie der Erhalt der biologischen Vielfalt immer stärker in die entwicklungspolitische Zusammenarbeit herein. Der grünen Bundestagsfraktion ist klar: ohne die Instrumentarien der Entwicklungspolitik und die Vernetzung unterschiedlicher Politikbereiche im Sinne einer internationalen Strukturpolitik werden wir die großen globalen Herausforderungen nicht lösen können. Die vorliegenden Anträge spiegeln diese Entwicklung wieder.

Darüber hinaus bleibt die Auseinandersetzung mit konkreten Entwicklungsproblemen in einzelnen Ländern und Regionen wichtiger Bestandteil grüner Entwicklungspolitik.

Dieser Reader ist aus Gründen der Übersichtlichkeit chronologisch, thematisch und regional gegliedert. Ergänzend zu den vielen parlamentarischen Initiativen und Themen finden Sie in diesem Reader unsere Berichte von Einzel- und Delegationsreisen. Hinzu kommen Hinweise auf Reden, Veranstaltungen und Publikationen zum Thema Entwicklungspolitik sowie eine strukturierte Überblicksliste aller entwicklungspolitisch relevanten parlamentarischen Initiativen, die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in den Bundestag eingebracht worden sind.

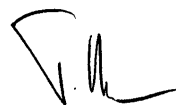
Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie bei Fragen und/oder Anregungen mit uns in Kontakt treten würden. Wenn sie regelmäßig informiert werden möchten, empfehlen wir Ihnen, unseren Newsletter Nord-Süd Politik zu abonnieren. Ebenfalls ans Herz legen möchten wir Ihnen das Angebot der Internetpräsenz der Bundestagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen. Dort werden Sie in der Themenrubrik „Entwicklungszusammenarbeit“ umfassend und aktuell informiert. Die entsprechenden Internetadressen finden Sie am Ende des Readers im Glossar.

In der Hoffnung, Ihnen einen Wegweiser durch die parlamentarische Praxis grüner Entwicklungspolitik der letzten zwei Jahre vorgelegt und Ihr Interesse geweckt zu haben,

Ihre



Ute Koczy,  
Sprecherin für Entwicklungspolitik  
Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen



Thilo Hoppe,  
Vorsitzender des Ausschusses für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
Entwicklung,  
Leiter der AG Globalisierung

## 1.) *Umwelt und Klima*

### *Afrika beim Klima- und Umweltschutz unterstützen*

Eine der umfassendsten Studien zur Lage der Umwelt in Afrika wurde vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) erstellt. Im so genannten Africa Environment Outlook 2007 wird ausgeführt, welch ungeheuren Reichtum die Natur und die Ausstattung mit Ressourcen der afrikanische Kontinent zu bieten hat. Wenn diese Reichtümer erhalten und klug genutzt werden, können viele Menschen davon profitieren – in Afrika, aber auch darüber hinaus.

Besondere Umweltherausforderungen sind die fortschreitende Entwaldung durch Abholzung und Nutzung von Holz zum Kochen und Heizen, die Ausbreitung von Wüsten, der Verlust der biologischen Vielfalt sowie der nicht nachhaltige Umgang mit Wasser in der Landwirtschaft. Die Förderung der enormen Rohstoffvorkommen, von verschiedenen Metallen bis zu Erdöl und –gas, ist geprägt von Korruption und Misswirtschaft und hinterlässt enorme Umweltzerstörungen. Der weltweite Wettlauf um knapper werdende Ressourcen verschärft bestehende negative Trends, wenn keine Maßnahmen dagegen ergriffen werden.

Der Klimawandel bedeutet gerade für Afrika eine besondere Herausforderung, denn der Kontinent wird wie kein anderer von seinen Auswirkungen betroffen sein. Werden keine raschen und angemessenen Antworten auf die Umwelt- und Ressourcenprobleme wie auch auf den Klimawandel gefunden, so drohen in den kommenden Jahrzehnten verstärkt Nahrungsmittelknappheit, Verteilungskonflikte, Hungerrevolten und die Zunahme von Umweltflüchtlingen.

Wir sehen vordringlichen Handlungsbedarf in sechs Feldern:

1. Beim Kampf gegen den globalen Klimawandel und bei den Anstrengungen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels.
2. Bei der Fortentwicklung einer umwelt-, klima- und sozialverträglichen Landwirtschaft.
3. Bei einer Rohstoffnutzung, die auf höhere soziale und ökologische Standards setzt.
4. Bei der Verbesserung der Trinkwasserversorgung und des Zugangs zu sanitärer Grundversorgung.
5. Bei der Handels- und Umweltpolitik, bei der Europa und Deutschland als Hauptabsatzmärkte für afrikanische Produkte zur Verbesserung der Standards beitragen können, vor allem jedoch die eigene Kohärenz unterschiedlicher Politiken verbessern müssen.

Beim Aufbau nachhaltiger dezentraler Energiesysteme, vorrangig durch die Nutzung erneuerbarer Energien.

Für Afrikanerinnen und Afrikaner selbst ist Umweltschutz längst kein Luxusthema mehr, sondern eine existentielle Voraussetzung für ein besseres Leben. Wie die Arbeit in weiteren Feldern verbessert werden kann, lesen Sie im Antrag "Afrika beim Schutz der Umwelt, des Klimas und der Anpassung an den Klimawandel unterstützen".

**Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/9313 vom 28.05.2008: Afrika beim Schutz der Umwelt, des Klimas und der Anpassung an den Klimawandel unterstützen:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/093/1609313.pdf>

AnsprechpartnerInnen: **Ute Koczy und Thilo Hoppe**

*Die strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union, Lateinamerika und der Karibik durch eine intensive Umwelt- und Klimakooperation beleben*

Siehe unter 11.) Lateinamerika

**Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/8907 vom 23.04.2008: Die strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union, Lateinamerika und der Karibik durch eine intensive Umwelt- und Klimakooperation beleben: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/089/1608907.pdf>

Ansprechpartner: **Thilo Hoppe**

*Biomasseproduktion zur Energiegewinnung braucht verbindliche internationale Standards*

Zum Thema "Biomasse – Chancen und Risiken für globalen Klimaschutz, biologische Vielfalt, Ernährungs- und Versorgungssicherheit sowie Armutsbekämpfung" fand im Februar 2008 eine von den Grünen initiierte gemeinsame Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie des Agrar- und des Umweltausschusses statt.

Die energetische Nutzung von Biomasse kann sowohl ein Beitrag zum Klimaschutz als auch zur Armutsbekämpfung sein – aber nur dann, wenn verbindliche internationale Standards für starke ökologische und soziale Leitplanken sorgen. Geschieht dies nicht, kann sich die energetische Nutzung von Biomasse sogar sehr negativ für das Klima, die biologische Vielfalt und das Recht auf Nahrung auswirken. Palmölplantagen, für die tropischer Regenwald in Indonesien abgefackelt wurde, sind ein klimapolitischer Aberwitz und Öl von diesen Plantagen hat nichts in deutschen Heizkraftwerken zu suchen. Andererseits zeigt das brasilianische Biodieselprogramm, dass bei entsprechender politischer Rahmensetzung, die die Kleinbauern begünstigt, der nachhaltige Anbau von Ölpflanzen ein wirkungsvoller Beitrag zur Armuts- und Hungerbekämpfung sein kann.

Weltweit erfolgt gegenwärtig die Weichenstellung und Standardsetzung für Produktion und Handel von Bioenergie. Wir müssen dafür sorgen, dass dies auf eine transparente und partizipative Weise geschieht. Die Nutzung von Bioenergie macht nur Sinn, wenn sie tatsächlich einen signifikanten Beitrag zum Klimaschutz leistet, was bei Ethanol aus Mais und Getreide kaum der Fall ist. Sozial ist sie nur zu vertreten, wenn auch Kleinbauern und nicht nur Agrarkonzerne von ihr profitieren und das Recht auf Nahrung nicht gefährdet wird.

Ein Zertifizierungssystem, das nur auf Nachhaltigkeits- und Sozialstandards für die Biomasseproduktion und -verarbeitung abzielt, reicht nicht aus, weil es Verdrängungs- und Ausweicheffekte, die andere Sektoren betreffen, nicht berücksichtigt. Deshalb kann die Diskussion über Sozial- und Umweltstandards nicht auf Energiepflanzen beschränkt bleiben, sondern muss auf die Nahrungs- und Futtermittelproduktion ausgeweitet werden und zu einem verantwortungsbewussten Ressourcenmanagement führen.

**Weitere Informationen:**

Anhörung vom 20.2.2008: Biomasse – Chancen und Risiken für globalen Klimaschutz, biologische Vielfalt, Ernährungs- und Versorgungssicherheit sowie Armutsbekämpfung: [http://www.bundestag.de/ausschuesse/a19/anhoerungen/57\\_biomasse/index.html](http://www.bundestag.de/ausschuesse/a19/anhoerungen/57_biomasse/index.html)

Ansprechpartner: **Thilo Hoppe**

*Stärkeres Engagement der EU für den Urwaldschutz gefordert*

Bis zu 25 Prozent der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen stammen aus der Vernichtung von Tropenwäldern durch Abholzung und Brandrodung. Hierbei wird nicht nur die Funktion der Urwälder als Kohlenstoffspeicher vernichtet, sondern ganze Ökosysteme werden zerstört. Ein großer Verlust von Biodiversität mit all ihren unabsehbaren Folgen steht bevor, wenn die Rodungen weitergehen. Beim Thema Tropenwald können und müssen daher die Schützer des Klimas und der Artenvielfalt an einem Strang ziehen.

Auf internationaler Ebene wurden verschiedene Initiativen zum Tropenwaldschutz gestartet. Bei der UN widmet sich die REED-Initiative dem Problem der Urwaldzerstörung. Bei der Klimakonferenz in Bali wurde die "Forest Carbon Partnership Facility (FCPF)" ins Leben gerufen, deren Hauptaufgabe darin besteht, in einer zweijährigen Pilotphase die Möglichkeiten des Urwaldschutzes im Rahmen der UN Initiative praktisch zu erproben. Bisher sind 19 Mitgliedsländer im Rahmen der FCPF die Partnerschaft für den Urwaldschutz eingegangen, u.a. Deutschland.

Auch die EU sollte dringend einen eigenen Beitrag zu dieser wichtigen Klimaschutzkomponente leisten. Im Rahmen der EU Agrarpolitik fallen jährlich einige Milliarden Euro an, die nicht im Agrarsektor ausgegeben werden. Im Jahr 2007 waren das 2,1 Milliarden Euro. Wir schlagen vor, diese überschüssigen Gelder u. a. in den Tropenwaldschutz zu investieren.

**Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/7710 vom 11.01.2008: Den Klimawandel wirksam durch Urwaldschutz bekämpfen – Agrarüberschüsse in den Erhalt der Urwälder investieren: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/077/1607710.pdf>

AnsprechpartnerInnen: **Bärbel Höhn und Thilo Hoppe**



## *Bali und wie weiter*

Die UNO-Klimakonferenz ist knapp am Scheitern vorbeigeschrammt. Es ist gut, dass sich die Staaten einen Zeitplan für die Aushandlung eines konkreten Klimaschutzplanes gegeben haben. Die jetzt in Bali dafür festgezurrten Rahmenbedingungen sind aber alles andere als ermutigend. Wieder einmal haben die USA eine unrühmliche Rolle bei den internationalen Klimaschutzverhandlungen gespielt und destruktiv im Hintergrund gearbeitet.

Zu begrüßen ist grundsätzlich die Einigung auf Maßnahmen beim Urwaldschutz und Anpassungsfonds für Klimaschäden. Die Industrieländer müssen hier aber entschieden tiefer in die Tasche greifen, wenn sie den von ihnen maßgeblich verursachten Klimawandel in den Entwicklungsländern abfedern wollen. Wichtig sind deshalb weiterhin bilaterale Anstrengungen. Deutschland muss hier Vorreiter sein, um Schwellen- und Entwicklungsländer bei den Themen erneuerbare Energien und Energieeffizienz verstärkt einzubinden und Maßnahmen gegen die Abholzung von Regenwäldern durchzusetzen.

EU und Bundesregierung müssen beim Klimaschutz weiter Druck machen und vor allem beweisen, dass sie ohne wenn und aber ihre Klimaschutzmaßnahmen umsetzen und forcieren. Hierzu fehlen leider bisher die überzeugenden Taten der Bundesregierung. Während sie in Bali große Worte macht, drückt sie sich zu Hause um konsequente Maßnahmen oder macht sich gegen jegliche Klimaschutzinteressen – wie bei den Verhandlungen über die CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Autos in Brüssel – zum Erfüllungsgehilfen der deutschen Automobilindustrie. Dagegen schlagen wir mit unseren Anträgen zum Klimaschutz im Verkehr und zur Einbringung überschüssiger EU-Agrarsubventionsgelder in den internationalen Urwaldschutz konkrete Klimaschutzmaßnahmen vor.

### **Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/6960 vom 07.11.2007: Klimaverhandlungen in Bali zum Erfolg machen – Glaubwürdig handeln und verhandeln für den Klimaschutz:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/069/1606960.pdf>

Ansprechpartnerin: **Bärbel Höhn**

## *Für eine radikale und konsequente Klimapolitik*

Anlass des Antrages war die UN-Klimakonferenz in Nairobi vom 06. bis 17.11.2006. Erwartet wurde eigentlich eine Vorlage oder eine Regierungserklärung der Bundesregierung zu diesem Ereignis. Der Antrag befasst sich mit der Dramatik des bereits realen Klimawandels, seinen drohenden Auswirkungen und enormen volkswirtschaftlichen Schäden. Wir forderten die Bundesregierung auf, während ihrer Präsidentschaften von EU und G8 2007 den Klimaschutz ins Zentrum zu rücken. Ein neues nationales Klimaschutzziel von minus 40 Prozent CO<sub>2</sub> bis 2020 muss kommen, um damit ein EU-Ziel von minus 30 Prozent zu ermöglichen.

### **Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/3283 vom 08.11.2006: Für eine radikale und konsequente Klimapolitik:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/032/1603283.pdf>

Ansprechpartnerin: **Bärbel Höhn**

## 2.) *Tropenwald und Biodiversität*

### *Grüner Erfolg für den Amazonas – Interfraktioneller Antrag zum Schutz des Yasuní-Nationalparks in Ecuador*

"Lasst das Öl im Boden" – auf grüne Initiative hin wurde gemeinsam mit der Koalition ein interfraktioneller Antrag in den Bundestag eingebracht, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, sich an einem Kompensationsregime für den Erhalt des sogenannten ITT-Gebiets im Amazonas-Urwald zu beteiligen. Alle Fraktionen haben in der Schlussabstimmung dem Antrag zugestimmt. Das ist ein gutes Zeichen für ein verstärktes Bewusstsein in umwelt- und klimapolitischen Fragen, für das wir Grüne seit langer Zeit kämpfen.

Im vergangenen Jahr ist Ecuador mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit getreten, ein großes Ölfeld im ITT-Gebiet nicht zu fördern, falls die internationale Gemeinschaft bereit ist, die erwarteten Einnahmeverluste zur Hälfte zu zahlen. Das ITT-Gebiet liegt im Biodiversitäts-Hotspot des Yasuní-Nationalparks in der ecuadorianischen Amazonasregion, einer der artenreichsten Urwaldregionen der Welt. Hier finden sich auf einem Hektar mehr Baumarten als in ganz Nordamerika und auf einzelnen Bäumen tummeln sich mehr Käferarten als in ganz Europa. Dieser Primärwald ist auch der Lebensraum mehrerer indigener Völker, von denen mindestens zwei in freiwilliger Isolation leben.

Der Schutz des ITT-Gebiets ist von elementarer Bedeutung für die Erhaltung dieses sensiblen Ökosystems und ein Symbol dafür, dass die Staatengemeinschaft bereit ist, gemeinsam Verantwortung für ein globales Weltnaturerbe zu übernehmen. In Zeiten des Klimawandels müssen alle daran mitarbeiten, dass die für das Überleben unseres Planeten elementar wichtigen Umweltgüter Vorrang vor kurzfristigen ökonomischen Gewinnen haben. Die Umsetzung des ITT-Vorschlags wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung.

#### **Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/9758 vom 25.06.2008: Vorschlag Ecuadors für den globalen Klima- und Biodiversitätsschutz prüfen und weiterentwickeln – Schutz des Yasuní-Nationalparks durch Kompensationszahlungen für entgangene Einnahmen erreichen:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/097/1609758.pdf>

Ansprechpartnerin: **Ute Koczy**

### *Erhalten, was uns erhält – grüne Biodiversitätspolitik*

Das Selbstverständnis des Artenschutzes hat sich seit der UN-Konvention zur biologischen Vielfalt (CBD) aus dem Jahr 1992 enorm erweitert. Es geht nicht mehr nur darum, einzelne Arten zu schützen. Ziel ist es heute, die Artenvielfalt als Ganzes und damit auch den Lebensraum und die Umwelt der Arten zu erhalten.

Seit jeher sind Natur- und Artenschutz für uns Grüne Kernthemen unserer politischen Tagesordnung und unseres gesellschaftlichen Engagements. Die Natur muss auf Grund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlage des Menschen in Verantwortung für die künftigen Generationen erhalten werden. Dies betrifft nicht nur den Schutz der natürlichen Ressourcen, sondern insbesondere auch deren nachhaltige Nutzung. Wir Grünen setzen uns dafür ein, Biodiversitätspolitik auf regionaler, nationaler und globaler Ebene als Querschnittsaufgabe in alle Politikbereiche zu integrieren und

konsequent umzusetzen. Das bedeutet, Natur- und Artenschutz nicht nur in die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft zu integrieren, sondern Fragen der biologischen Vielfalt auch in der Verkehrs-, Klimaschutz- und Energiepolitik besser zu berücksichtigen. Aber auch die Armutsbekämpfung sowie die Wirtschafts-, Handels- und Finanzpolitik müssen sich dem Erhalt der biologischen Vielfalt verpflichten.

Für die Bevölkerung der ärmsten Länder der Welt, vor allem jedoch für indigene Völker, sind der Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt von besonderer Bedeutung. Die Vielfalt der Pflanzen und Tiere bildet unmittelbar die Basis zur Sicherung ihrer Existenz und der eigenen Gesundheit. Ziel muss es sein, den Erhalt der biologischen Vielfalt mit konkreten Beiträgen zur Armutsbekämpfung zu verbinden. Dabei müssen die Regierungen und die Bevölkerung in den betroffenen Ländern bzw. Gebieten in alle Entscheidungen über den Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt aktiv mit einbezogen werden. Die Schaffung verbindlicher Regelungen für den Zugang zu genetischen Ressourcen und die gerechte Aufteilung der Vorteile aus ihrer Nutzung ist dabei eine zentrale Aufgabe. Zudem kommt gerade im Hinblick auf die wachsende Weltbevölkerung und sich verändernde Anbaubedingungen von Lebensmitteln durch den Klimawandel der Biodiversität in der Landwirtschaft bei der globalen Ernährungssicherung eine besondere Rolle zu.

Die Europäische Union hat sich 2001 in Göteborg verpflichtet, den Verlust der biologischen Vielfalt europaweit bis zum Jahr 2010 zu stoppen. Nach nunmehr sieben Jahren sind wir von diesem Ziel noch immer weit entfernt. Um die geplanten Ziele annähernd noch zu erreichen, müssen schnellstmöglich die politischen Weichen für ein Umdenken hin zu einer nachhaltigen Nutzung und zu einem umfangreicheren Schutz der biologischen Vielfalt auf europäischer und internationaler Ebene gestellt werden. Biodiversitätsschutz muss politische Priorität genießen und endlich als Querschnittsaufgabe in alle Politikbereiche konsequent integriert werden.

#### **Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/8890 vom 23.04.2008: Erhalten, was uns erhält – Die UN-Konferenzen zur biologischen Sicherheit und zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt zum Erfolg machen:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/088/1608890.pdf>

Ansprechpartnerin: **Undine Kurth**

#### *Abschluss der 9. UN-Artenschutzkonferenz*

Im Mai 2008 tagte die 9. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über die biologische Vielfalt (COP 9) und die 4. Konferenz der Mitglieder des Cartagena-Protokolls über biologische Sicherheit (MOP 4) in Bonn. Die Ergebnisse beider Konferenzen sind nicht ausreichend. Sie bleiben hinter den Erfordernissen zurück, die sich aus dem dramatischen Artensterben weltweit ergeben. Das Hauptproblem, die massive Unterfinanzierung des weltweiten Schutzes der Artenvielfalt, konnte nicht beseitigt werden. Besonders die G8-Staaten – ausgenommen Deutschland – haben nicht zum Erfolg der Konferenz beigetragen. Außer Deutschland setzte sich keiner der Industriestaaten für die Finanzierung eines globalen Schutzgebietsnetzes und den Erhalt der Urwälder ein.

Zudem konnten beim Verbot des illegalen Holzeinschlags- und Imports sowie für die Erzeugung und Nutzung von Biokraftstoffen keine ausreichenden Beschlüsse getroffen werden.

Auch das Scheitern der Idee, die Strategien gegen den Klimawandel enger mit der Politik zum Erhalt der Artenvielfalt zu verbinden, ist kein ermutigendes Signal aus Bonn. Ernüchternd ist zudem das Ergebnis der MOP 4: es wurde kein rechtlich bindendes Haftungssystem zum Schutz der biologischen Vielfalt vor Verunreinigung durch gentechnisch veränderte Organismen verabschiedet. Wichtigstes Ziel ist hierbei das Verursacherprinzip und, dass jeder Geschädigte Anspruch auf Entschädigung hat. Die Staatengemeinschaft konnte sich jedoch auf das „Bonner Mandat“ einigen, das den konkreten Verhandlungsauftrag umfasst, bis zur nächsten Vertragsstaatenkonferenz im Jahr 2010 (COP 10) ein Vertragswerk zum gerechten Vorteilsausgleich vorzulegen. Ziel muss es sein, ein rechtlich verbindliches Vertragswerk (ABS-Protokoll) zügig zu verabschieden und umzusetzen. Bei der Erarbeitung eines ABS-Regimes müssen vor allem Fragen der Gerechtigkeit und der Menschenrechte berücksichtigt werden, aber auch Fragen des gerechten Vorteilsausgleichs bei der Nutzung der biologischen und genetischen Ressourcen sowie Fragen der Entwicklungszusammenarbeit und des Capacity Buildings.

Es kommt nun darauf an, dass sich alle Vertragsstaaten entsprechend ihrer Möglichkeiten nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten sowohl am Klima- als auch am Biodiversitätsschutz beteiligen. Deutschland hat bis zur COP 10 die CBD-Präsidenschaft übernommen und muss sich dem Schutz und der nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt verpflichten. Daraus leiten sich klare bündnisgrüne Forderungen ab: Der ökologische Landbau und die gentechnikfreie Landwirtschaft müssen gesichert, der Natur- und Artenschutz durch ein verbessertes Monitoring, ein globales Schutzgebietsnetz und gesicherte Finanzierungsinstrumente gestärkt werden. Klimaschutz gelingt nicht ohne einen verbesserten Urwaldschutz und eine verbindliche Nachhaltigkeits-Zertifizierung der Bioenergien. In der Entwicklungszusammenarbeit und Armutsbekämpfung müssen Biodiversitätsschutz und ein gerechter Vorteilsausgleich mitgedacht werden. Bündnis 90/Die Grünen machen sich dafür stark, dass Deutschland beim Schutz und der nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt europaweit und global eine Vorbildfunktion übernimmt.

**Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/8890 vom 23.04.2008: Erhalten, was uns erhält – Die UN-Konferenzen zur biologischen Sicherheit und zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt zum Erfolg machen:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/088/1608890.pdf>

Ansprechpartnerin: **Undine Kurth**

*Tropenwaldschutz braucht mehr als gute Worte!*

Die Tropenwälder bilden die Lunge der Erde und leisten einen immensen Beitrag zur Stabilisierung des Klimas. Das in ihnen gespeicherte CO<sub>2</sub> entspricht den Weltemissionen von ca. 50 Jahren. Die Tatsache, dass es für Tropenwaldländer immer noch lukrativ ist, Tropenwälder zu brandrodern oder abzuholzen, könnte man in der Sprache der Ökonomen als "Fehlanreiz" bezeichnen. De facto hat die Zerstörung der Regenwälder katastrophale Folgen für Mensch und Umwelt. Deshalb muss die internationale Gemeinschaft den Erhalt der Regenwälder unterstützen und entlohnen. Darüber wurde unter anderem auf der Konferenz der Vereinten Nationen zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt in Bonn beraten.

Im Grundsatz ist bereits anerkannt, dass ein Schutz nur gelingen wird, wenn waldreiche Staaten, und dort vor allem auch die Indigenen und Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die im und vom Wald leben, für den Erhalt finanziell kompensiert werden. Sie erfüllen eine "Umweltdienstleistung" – bislang kostenlos – auf die wir alle angewiesen sind. Laut Sir Nicholas Stern, der durch den von ihm verfassten *Stern Review on the Economics of Climate Change* bekannt wurde, ist der Tropenwaldschutz eine der günstigsten Formen des Klimaschutzes.

Auf der Klimakonferenz in Bali wurde eine Waldpartnerschaft ins Leben gerufen und ein erster Fonds eingerichtet – die Forest Carbon Partnership Facility. Ziel der Partnerschaft ist es, ein Kompensationsregime für vermiedene Entwaldung zu etablieren. Wir forderten die Bundesregierung auf, ihr Engagement für den Tropenwaldschutz deutlich auszubauen und mindestens 500 Mio. € für den Tropenwaldschutz zu mobilisieren. Teile davon können aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten, aus anderen innovativen Finanzierungsinstrumenten sowie aus überschüssigen EU-Mitteln aus dem Agrarhaushalt kommen. Die Bundesregierung steht ebenso in der Pflicht, insbesondere die G8-Staaten für ein Sofort-Finanzierungsprogramm zu gewinnen, um den Entwicklungsländern zu signalisieren, dass der Erhalt der großen Schutzgebiete als vordringliche globale Aufgabe ernst genommen wird. Die Gelder für den Tropenwaldschutz können nicht allein aus den Kassen der Entwicklungsfinanzierung kommen, aus denen auch der Kampf gegen Hunger, Armut und AIDS gezahlt werden muss. Die internationale Gemeinschaft muss sich daher schnell auf neue Finanzierungskonzepte einigen. Die bestehenden Fonds können dabei nur ein Auftakt sein.

**Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/9065 vom 07.05.2008: Tropenwaldschutz braucht solide Finanzierung – Entwaldung vermeiden, Klima- und Biodiversität schützen:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/090/1609065.pdf>

Anhörung im AwZ vom 23.5.2007: EZ-relevante innovative Finanzierungsinstrumente zum Schutz der Tropenwälder und den Erhalt der Biodiversität:

[http://www.bundestag.de/ausschuesse/a19/anhoerungen/38 Biodiversitaet/index.html](http://www.bundestag.de/ausschuesse/a19/anhoerungen/38_Biodiversitaet/index.html)

Ansprechpartner: **Thilo Hoppe**

*EU-Importverbot für illegales Holz*

Mit unserem Antrag forderten wir von der Bundesregierung, sich für ein EU-Importverbot für illegal geschlagenes Holz einzusetzen. Dies wäre ein wichtiger Beitrag zum Schutz von Urwäldern und ein Durchbruch für die Zertifizierung nachhaltiger Waldwirtschaft. Im Oktober 2006 hatte die schwarz-rote Koalition unser Gesetz zur Einführung eines nationalen Handelsverbotes für illegales Holz mit Verweis auf die EU-Hoheit in dieser Sache abgelehnt. Gleichzeitig hat sie in Aussicht gestellt, sich für Nachbesserungen der EU-Urwaldschutzpolitik einzusetzen. Da die EU angekündigt hatte, im Mai 2008 Vorschläge dazu vorzulegen, wäre es wichtig gewesen, dass sich die Bundesregierung an ihre Zusage hält und sich bereits im Vorfeld der EU-Vorschläge klar und deutlich auf europäischer Ebene für Nachbesserungen und insbesondere für ein Importverbot für illegales Holz einsetzt. Aber dazu war die Bundesregierung nicht bereit. Stattdessen wartet sie auf die Vorschläge der EU-Kommission und will sich dann positionieren.

**Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/8052 vom 13.02.2008: EU-Importverbot für illegales Holz durchsetzen:  
<http://dip21.bundestag.btg/dip21/btd/16/080/1608052.pdf>

AnsprechpartnerInnen: **Cornelia Behm und Thilo Hoppe**

*Den Klimawandel wirksam durch Urwaldschutz bekämpfen –  
Agrarüberschüsse in den Erhalt der Urwälder investieren*

Siehe unter 1.) Umwelt und Klima

**Weiter Informationen:**

Antrag Drs. 16/7710 vom 11.01.2008: Den Klimawandel wirksam durch Urwaldschutz bekämpfen – Agrarüberschüsse in den Erhalt der Urwälder investieren:  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/077/1607710.pdf>

AnsprechpartnerInnen: **Bärbel Höhn und Thilo Hoppe**

### **3.) Rohstoffe**

*Für eine faire Rohstoffpolitik*

Wer Gold und Diamanten besitzt, ist reich. Und wer auf Ölvorkommen oder Gasreserven zurückgreifen kann, macht damit Milliarden. Denn Rohstoffe dieser Art sind weltweit gefragt und die Gewinne steigen von Jahr zu Jahr. Viele Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika haben große Rohstoffvorkommen. Die Einnahmen aus deren Verkauf zählen zu den größten Devisenquellen dieser Staaten.

Trotzdem hat sich gerade in den ressourcenreichen Entwicklungsländern die Lebenssituation der Bevölkerung nicht verbessert, sondern verschlechtert. Viele Menschen leben in Armut. Hunger und Krankheiten bestimmen den Alltag. Für Bildung und Gesundheitsvorsorge wird viel zu wenig Geld bereitgestellt. Und die Menschen sind der Zerstörung und Verschmutzung ihrer Umwelt schutzlos ausgeliefert.

Der Reichtum an Rohstoffen ist für viele Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika kein Segen. Ob Nigeria, Peru oder Turkmenistan, ob Gold, Öl oder Gas: Der Ressourcenfluch ist Realität. Ausnahmen gibt es fast keine.

Der Ressourcenreichtum bildet mit den schwachen staatlichen Institutionen in Entwicklungsländern eine unheilige Allianz. Die Korruption grassiert und die Umverteilung der Gewinne findet nur zwischen denen statt, die die Fäden in der Hand halten – Unternehmen und eine kleine gesellschaftliche Elite. In vielen rohstoffreichen Staaten mündet diese Ungerechtigkeit in bewaffneten Konflikten bis hin zu Bürgerkriegen.

Wir Grünen treten deshalb dafür ein, eine faire und transparente Rohstoffpolitik weltweit durchzusetzen.

Deshalb

- fordern wir deutlich mehr entwicklungspolitische Maßnahmen, mit deren Hilfe die Zivilgesellschaft in den Rohstoffländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas gestärkt wird. Gleichzeitig müssen diese Maßnahmen dazu genutzt werden, starke demokratische und rechtstaatliche Institutionen aufzubauen.

- setzen wir uns für international verbindliche Transparenz-, Sozial- und Umweltstandards für alle Akteure im Rohstoffsektor ein.
- unterstützen wir die Transparenzinitiativen *EITI* und *Publish What You Pay*, die sicherstellen, dass die Bevölkerung in rohstoffreichen Ländern überhaupt erfährt, welche Gewinne erzielt werden.
- ist es notwendig, "Konfliktrohstoffe" völkerrechtlich zu definieren und zu sanktionieren, damit der Handel mit ihnen verhindert werden kann.
- wollen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien weltweit vorantreiben.
- müssen Investitionen und Kredite im Energiesektor zukunftsorientiert sein und den Fokus auf erneuerbare Energien legen, statt auf konfliktträchtige und klimaschädliche Öl- und Gasprojekte.

**Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/4054 vom 17.01.2007: Rohstoffeinnahmen für nachhaltige Entwicklung nutzen: <http://dip.bundestag.de/btd/16/040/1604054.pdf>

Faltblatt „Dreckige Geschäfte“: [http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dok/219/219839.flyer\\_faure\\_rohstoffpolitik.html](http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dok/219/219839.flyer_faure_rohstoffpolitik.html)

Ansprechpartnerin: **Ute Koczy**

*Rohstoffökonomien – Auswirkungen auf Entwicklungsländer*

Der globale Trend zu einer ungebrochen steigenden Energie- und Ressourcennutzung hat einschneidende globale Veränderungen zur Folge. Neben der Wirtschafts- und Finanzpolitik sind die Außen-, Entwicklungs-, Umwelt- und Sicherheitspolitik betroffen. Der prognostizierte Energie- und Ressourcenbedarf in Schwellenländern, aber auch dessen Zuwachs in Industrieländern, wird erhebliche Auswirkungen auf die weltweiten Rohstoffmärkte haben. Es ist erkennbar, dass weltweit eine strategisch von vielen Ländern staatlich betriebene Rohstoffpolitik auf dem Vormarsch ist.

In der entwicklungspolitischen Diskussion sind Fragen der Rohstoffnutzung stark in den Vordergrund gerückt. Unter Kenntnisnahme, dass viele Länder noch auf absehbare Zeit die Rolle von Rohstofflieferanten einnehmen werden, und dass die Diversifizierung ihrer Exportprodukte oft nicht vorangekommen ist, ergeben sich erhebliche Probleme für fast alle Entwicklungsländer.

Die ökologischen Konsequenzen der aktuellen Rohstoffgewinnung sind häufig negativ. Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ging auf Anregung unserer Fraktion im September 2006 den Auswirkungen der steigenden Rohstoffproduktion auf Entwicklungsländer mit einer Expertenanhörung näher auf den Grund.

**Weitere Informationen:**

Anhörung im AwZ vom 20.9.2006: Rohstoffökonomien – Auswirkungen auf Entwicklungsländer:

[http://www.bundestag.de/ausschuesse/a19/anhoerungen/19\\_Rohstoffoekonomien/index.html](http://www.bundestag.de/ausschuesse/a19/anhoerungen/19_Rohstoffoekonomien/index.html)

Ansprechpartnerin: **Ute Koczy**

## *Elektro-Schrott: Müllexporte in Entwicklungsländer*

Mit der Zunahme des internationalen Stroms von Waren und Dienstleistungen ist auch eine steigende Zunahme des Handels mit Müll verbunden. Deutschland hat sich inzwischen zu einem der wichtigsten Importländer für Giftmüll aus der ganzen Welt entwickelt. Besonders der illegale Export von Abfällen hat aber mit zunehmendem Welthandel eine neue Dimension erreicht. Im Sommer 2006 erschütterte ein Giftmüllskandal den westafrikanischen Staat Elfenbeinküste. Fast 10.000 Menschen wurden verletzt, einige starben sogar an den Folgen des Kontaktes mit hochgiftigen Flüssigkeiten und Dämpfen, die ein gechartertes Schiff unter griechischer Flagge zur Entsorgung in die Elfenbeinküste (Abidjan) gebracht hatte, wodurch die Problematik abrupt in den Fokus der Öffentlichkeit geriet.

Besonderer Handlungsbedarf besteht bei Elektro-Schrott. So werden zum Beispiel alte Computer unter dem Vorwand der weiteren Verwendung in die Entwicklungsländer gebracht. Dort mutieren solche „Spenden“ aber sehr schnell zum Problem für Mensch und Umwelt, da sie illegal auf wilden Deponien Afrikas und Asiens abgeladen werden und Böden und Grundwasser verseuchen. Durch die Luft gefährden giftige Dämpfe die Gesundheit der ahnungs- und schutzlosen Bevölkerung. Elektronikschrott enthält toxische Materialien, wie Cadmium, Blei und Quecksilber.

Vor diesem Hintergrund haben wir 2007 ein Fachgespräch "Müll als internationale Ware. Alles bestens geregelt?" in Berlin durchgeführt, an dem Experten von Nichtregierungsorganisationen, der Wirtschaft und der zuständigen Behörden Folgen und Lösungsansätze mit uns diskutierten.

### **Weitere Informationen:**

Fachgespräch vom 18.06.2007: Müll als internationale Ware. Alles bestens geregelt?

Kleine Anfrage Drs. 16/3203 vom 27.10.2006: Gefährliche Müllexporte in Entwicklungsländer – Folgen und Lösungsansätze:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/032/1603203.pdf>

Ansprechpartnerin: **Ute Koczy**

## **4.) Ernährung, Landwirtschaft und Hunger**

### *Kurswechsel im Kampf gegen den Hunger!?*

Am 23. Juni 2008 lud die grüne Fraktion – vertreten durch die Fraktionsvorsitzende Renate Künast, Thilo Hoppe und Ulrike Höfken – ins Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestags ein, um mit ExpertInnen und Interessierten über mögliche Lösungen der globalen Nahrungsmittelkrise zu diskutieren. Die hohe TeilnehmerInnenzahl – VertreterInnen aus dem gesamten Spektrum der entwicklungspolitisch aktiven Organisationen – verdeutlichte die Brisanz des Themas. ExpertInnen und TeilnehmerInnen waren sich darin einig, dass die Welternährungskrise strukturell bedingt ist und es sich nicht um ein vorübergehendes Problem handelt. Die dramatische Steigerung der Lebensmittelpreise der vergangenen Monate hat das Hungerproblem zugespitzt. Die Lösung der Welternährungskrise bedarf sowohl schneller Soforthilfe, als auch konsequenter und dauerhafter Anstrengungen, die die strukturellen Ursachen angehen.



**Den Gesamttext finden Sie unter:**

[http://www.gruene-bundestag.de/cms/globalisierung/dok/240/240002.kurswechsel im kampf gegen den hunger.html](http://www.gruene-bundestag.de/cms/globalisierung/dok/240/240002.kurswechsel%20im%20kampf%20gegen%20den%20hunger.html)

Ansprechpartner: **Thilo Hoppe**

### *Welternährung – wie weiter?*

Die Preise für Nahrungsmittel sind in den vergangenen Monaten dramatisch angestiegen: Laut der Welternährungsorganisation (FAO) ist beispielsweise der Preis für Weizen im vergangenen Jahr um 120 Prozent gestiegen. Diese Entwicklung hat verheerende Folgen für die VerbraucherInnen in den Schwellen- und Entwicklungsländern. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen warnt vor einer Hungersnot mit dem Ausmaß eines "stillen Tsunamis". Auch die Weltbank geht davon aus, dass weitere 100 Millionen Menschen in den Hunger getrieben werden. Die internationale Gemeinschaft entfernt sich damit immer weiter von ihrem Ziel, bis zum Jahr 2015 die Zahl von 850 Millionen hungernden Menschen auf der Welt zu halbieren. Die aktuelle Nahrungsmittelkrise stellt kein plötzliches Ereignis dar, sondern ist das Ergebnis eines langen, fehlgeleiteten Entwicklungsprozesses; einer Agrar- und Handelspolitik, von der im Wesentlichen die Industrieländer profitiert haben. Parallel dazu haben massive Versäumnisse bei der Förderung der Landwirtschaft in vielen Entwicklungsländern die Situation verschärft. Wir Grünen fordern seit Jahren eine gerechtere Handelspolitik, mehr Geld für die ländliche Entwicklung in der Entwicklungszusammenarbeit sowie die Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung.

In unseren „Fragen und Antworten zur Welternährungskrise“ analysieren wir genauer, womit die Steigerung der Nahrungsmittelpreise zusammenhängt, welche Folgen sie hat und welche politischen Reaktionen aus grüner Sicht notwendig sind, um die weltweite Ernährungskrise zu entschärfen.

**Den Gesamttext finden Sie unter:**

[http://www.gruene-bundestag.de/cms/default/dok/232/232951.welternaeehrung wie weiter.html](http://www.gruene-bundestag.de/cms/default/dok/232/232951.welternaeehrung%20wie%20weiter.html)

Ansprechpartner: **Thilo Hoppe**

### *EU-Exportsubventionen verschärfen Hunger in Afrika*

Die aktuelle weltweite Nahrungsmittelkrise ist unter anderem auf eine verfehlte Politik zurückzuführen. Zu geringe Investitionen in die nachhaltige ländliche Entwicklung der Länder des Südens sind eine Seite der Medaille. Der Export billig produzierter und subventionierter Nahrungsmittel aus der EU und den USA sind die andere Seite. Diese Dumping-Exporte der Industrieländer haben katastrophale Auswirkungen auf die regionalen und lokalen Märkte der Entwicklungsländer, insbesondere in Afrika. Anstatt sich endgültig von dieser widersinnigen, unfairen Politik zu verabschieden, hat die EU Ende November 2007 neue Exportsubventionen für Schweinefleisch eingeführt. Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer erklärte im Januar 2008, dass er sich "persönlich" dafür einsetzen wolle, dass diese Exportsubventionen sogar noch angehoben werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Subventionierung des Exports von Schweinefleisch in Entwicklungsländer sofort zu stoppen, die Wettbewerbsfähigkeit von afrikanischen ZüchterInnen zu schützen und so einen ehrlichen Beitrag zur Bekämpfung des weltweiten Hungers zu leisten.

**Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/8404 vom 05.03.2008: Keine EU-Exportsubventionen für Schweinefleisch in Entwicklungsländer: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/084/1608404.pdf>

Ansprechpartner: **Thilo Hoppe**

*Banken treiben durch Spekulation Nahrungsmittel-  
und Energiepreise nach oben*

Anlässlich der Empfehlungen und Werbung von Banken, in die Nahrungs- und Rohstoffmittelmärkte zu investieren, erklärte Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, außenwirtschaftspolitischer Sprecher, in einer Pressemitteilung:

Mehrere Banken, wie die Deutsche Bank in Frankfurt und die Volksbank Berlin, haben in der vergangenen Zeit damit geworben, durch Finanzanlagen vom Anstieg der Lebensmittel- und Rohstoffpreise zu profitieren. Diese Entwicklung finden wir zutiefst problematisch, da durch schnell steigende Energie- und Nahrungsmittelpreise Hunger und Armut in der Welt deutlich zunehmen. Wir fordern die Banken auf, diese Entwicklung nicht noch zu verstärken, sich ihrer Verantwortung bewusst zu werden und keine Profite auf dem Rücken armer Menschen zu machen.

Die in den vergangenen Jahren massiv gestiegenen Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise können nicht mehr allein durch veränderte Angebots- und Nachfrageveränderungen erklärt werden. Die Entwicklung des Handelsvolumens auf den Rohstoffterminmärkten lässt vermuten, dass spekulative Transaktionen und neue Finanzanlageformen eine entscheidende Ursache des starken Preisanstiegs sind.

Wir brauchen unbedingt verbesserte Regeln auf den Nahrungs- und Rohstoffmärkten, um die Preisentwicklung von den Profitinteressen von Banken und Anlegern zu entkoppeln. Die Politik muss sich dringend Gedanken über die Regulierung der Rohstoffmärkte machen, um überschießende Preise zu verhindern. Es sollte zudem darüber nachgedacht werden, Pensionsfonds Investitionen in Rohstoffmärkte zu verbieten. Die Weltgemeinschaft darf nicht tatenlos zusehen, wie der Preisanstieg für Nahrungsmittel durch die Casino-Mentalität auf den Finanzmärkten noch angeheizt und dadurch Armut verschärft wird.

Wir fordern die Banken auf, sich auf Absicherungsgeschäfte auf den Rohstoffterminmärkten zu beschränken und die Werbung für Anlagemöglichkeiten auf

Nahrungs- und Rohstoffmärkten, die zur Preistreiberei zu Lasten der Armen beiträgt, zu unterlassen.

Ansprechpartner: **Wolfgang Strengmann-Kuhn**

## *Nahrungsmittelhilfe muss besser werden*

Die elementare Bedeutung von Nahrungsmittelhilfe in humanitären Notsituationen wird grundsätzlich nicht in Frage gestellt. In der Kritik steht aber immer wieder die Praxis der Nahrungsmittelhilfe, die als nicht bedarfsorientiert und ineffektiv gilt. Bestimmte Formen der Nahrungsmittelhilfe beeinträchtigen die Agrarproduktion in den Empfängerländern sogar negativ und bedrohen damit die Existenzgrundlage von KleinbäuerInnen und HändlerInnen. In einem von uns initiierten Antrag fordern wir gemeinsam mit der Koalition, dass die Bundesregierung sich für eine Neuausrichtung der Nahrungsmittelhilfe einsetzt.

Das internationale Nahrungsmittelhilfeabkommen soll 2009 neu verhandelt werden. Entscheidend ist, dass zukünftig – entsprechend der menschenrechtlichen Verpflichtung zur Erfüllung des adäquaten Rechts auf Nahrung – der bedürftige Mensch in den Mittelpunkt gestellt wird. Die Konvention muss effizienter, transparenter und flexibler werden. Zudem muss gewährleistet werden, dass alle Formen der Nahrungsmittelhilfe in langfristige Ernährungssicherungsstrategien eingebunden werden.

### **Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/8192 vom 12.12.2007: Für eine neue, effektive und an den Bedürfnissen der Hungernden ausgerichtete Nahrungsmittelhilfekonvention:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/074/1607470.pdf>

Fachgespräch vom 12.11.2007: Neuregelung der Nahrungsmittelhilfe – aber wie? Brauchen wir eine Food Assistance Convention oder wäre eine umfassende Humanitarian Aid Convention besser?: [http://www.thilo-hoppe.de/cms/default/dok/206/206947.nahrungsmittelhilfe die wirkt.html](http://www.thilo-hoppe.de/cms/default/dok/206/206947.nahrungsmittelhilfe%20die%20wirkt.html)

Ansprechpartner: **Thilo Hoppe**

## *Hunger in Entwicklungsländern bekämpfen*

Wir fordern die Bundesregierung auf, der ländlichen Entwicklung in den Partnerländern in Afrika, Lateinamerika und Asien endlich den Stellenwert einzuräumen, den sie verdient hat. Dass alle fünf Sekunden ein Kind unter zehn Jahren verhungert, ist ein Skandal ersten Ranges, der zum Umdenken und Handeln zwingt.

Bei zwei Anhörungen des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung haben sämtliche ExpertInnen dafür plädiert, mehr Geld zur Förderung einer angepassten und nachhaltigen Landwirtschaft in den Entwicklungsländern bereitzustellen. Dieser Appell, dem sich die große Mehrheit der EntwicklungspolitikerrInnen aller Fraktionen anschließen konnte, ist aber anscheinend in der Bundesregierung auf taube Ohren gestoßen.

Wir wollen nicht nur Betroffenheitskundgebungen und schöne Worte hören, sondern erfahren, was die Bundesregierung konkret zu tun gedenkt, um den Hunger wirkungsvoller als bisher zu bekämpfen. Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch.

**Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/3019 vom 18.10.2006: Den Hunger in Entwicklungsländern wirksam bekämpfen – das Recht auf Nahrung umsetzen und ländliche Entwicklung fördern:  
<http://dip.bundestag.de/btd/16/030/1603019.pdf>

Ansprechpartner: **Thilo Hoppe**

## 5.) *Weltbank, Währungsfonds und Bankenstandards*

### *Staatsfondsdebatte*

Der Boom an den Rohstoffmärkten (Öl, Gas) sowie wachsende Warenexporte verschiedener Schwellenländer wie China, Indien oder Brasilien haben diesen Ländern hohe Devisenüberschüsse beschert. Diese Überschussländer streben nun mit Hilfe von Staatsfonds renditestarke Investitionen und Unternehmensbeteiligungen im Ausland an. Derzeit verwalten Staatsfonds weltweit drei Billionen US-Dollar.

PolitikerInnen in den Industrieländern nähren seit letztem Jahr Befürchtungen und Ängste, dass die staatlichen Investitionsmittel nicht nur eingesetzt werden könnten, um möglichst hohe Gewinne zu erzielen, sondern auch, um gezielt solche Unternehmen zu kaufen, mit denen sich politischer Einfluss ausüben ließe. Solche Fälle sind zwar bisher nicht bekannt, tatsächlich fehlen aber international gemeinsame Regeln, die staatlichen Finanzinvestitionen einen Handlungsrahmen geben. So kann Protektionismus verhindert und die Freiheit des internationalen Kapitalverkehrs erhalten werden.

Die internationalen und europäischen Gremien sowie Institutionen haben begonnen, multilaterale Lösungswege zu entwickeln. Diese Regelungen müssen auf internationaler und auf europäischer Ebene umgesetzt werden. Dagegen plant die Bundesregierung eine Novellierung des Außenwirtschaftsgesetzes. Sie will in Zukunft Beteiligungen an Unternehmen kontrollieren,

- wenn Anleger mehr als 25 Prozent der Beteiligungen an einem Unternehmen erwerben wollen und diese Anleger außerhalb der EU ansässig sind oder
- wenn diese Anleger wiederum zu mehr als 25 Prozent von Beteiligten außerhalb der EU kontrolliert werden.

Dies dürfte nach EU-Recht aber kaum zulässig sein.

Bündnis 90/Die Grünen wollen eine verantwortungsbewusste deutsche Beteiligung an der internationalen Regelsetzung – und keinen nationalen Alleingang. Protektionismusthrohungen tragen zur Problemlösung nichts bei. Sie verunsichern auch langfristig orientierte Anleger, die erwünscht sind.

Richtig ist: Die Bedeutung der Staatsfonds nimmt zu. Die Fonds legen Währungsreserven an, gleichen Schwankungen der Wechselkurse oder auch der Preise an den Rohstoffmärkten aus. Die Fonds sind auf Anlagen mit sehr hohen Gewinnen ausgerichtet. Eine politische Einflussnahme konnte bisher nicht beobachtet werden. Dennoch ist die Entwicklung von internationalen gültigen Regeln zur Transparenz wichtig, um Vertrauen aufzubauen und Ängsten zu begegnen.

**Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/9612 vom 18.06.2008: Rahmenbedingungen für eine nachhaltige internationale Investitionspolitik schaffen – Multilaterale Regeln für Staatsfonds entwickeln: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/096/1609612.pdf>

Ansprechpartnerin: **Kerstin Andreae**

*Der Ilisu-Staudamm in der Türkei: Mitverantwortung der Bundesregierung*

Der Ilisu-Staudamm soll im Südosten der Türkei, etwa 65 km vor der Grenze zu Syrien und Irak, errichtet werden und den Tigris und seine Zuflüsse stauen. An der Umsetzung des Projekts sind Unternehmen und Banken aus Deutschland, Österreich und der Schweiz beteiligt. Die Regierungen dieser drei Länder haben die Beteiligung der Unternehmen mit Exportkreditgarantien abgesichert.

Das Megaprojekt ist aufgrund seiner großen humanitären, ökologischen, kulturellen und politischen Auswirkungen hoch umstritten:

- Mehrere zehntausend Menschen verlieren ihr Zuhause und müssen umgesiedelt werden.
- Die Auswirkungen für die Umwelt sind unklar. Dies liegt in erster Linie daran, dass die Biodiversität in dem noch weitgehend unberührten Tigrisraum kaum erforscht ist. Vor dem Baubeginn ist keine Umweltverträglichkeitsprüfung geplant, wie es bei solchen Projekten internationaler Standard ist.
- Der Staudamm wird ein kulturell einzigartiges Gebiet für immer zerstören. Die antike Stadt Hasankeyf und ihre Umgebung sind Zeugen der Menschheitsgeschichte und beherbergen wertvolle archäologische Fundstätten.
- Die Anrainerstaaten des Tigris, Syrien und Irak, werden durch die Stauung des Flusses in Ilisu politisch erpressbar, da die Türkei den Wasserabfluss durch den Damm regulieren kann.

Trotz dieser Bedenken hat die deutsche Bundesregierung im März 2007 eine Exportkreditgarantie genehmigt, mit der das Engagement des Konzerns Züblin in dem Baukonsortium abgesichert wird. Die Vergabe der öffentlichen Bürgschaften durch Deutschland, Österreich und Schweiz wurde an die Erfüllung von 153 Auflagen gekoppelt, die die Risiken des Projekts abfedern sollen und z. T. vor Baubeginn erfüllt sein müssen. So sollte erreicht werden, dass internationale Standards bei der Umsiedlung, dem Umweltschutz und dem Schutz von Kulturgütern doch noch umgesetzt werden. Ein internationales ExpertInnengremium, das von den Exportkreditgarantien zur Überwachung der Auflagen eingesetzt wurde, hat im März dieses Jahres einen eindeutigen Bericht präsentiert. Danach haben die türkischen Behörden bis Ende 2007 nicht eine einzige Auflage umgesetzt. Trotzdem haben in der Region inzwischen vorbereitende Baumaßnahmen begonnen.

Wir Grünen haben uns von Anfang an gegen das Projekt und eine Unterstützung desselben mit einer öffentlichen Bürgschaft durch die Bundesregierung engagiert. Die Vergabe der Bürgschaft war und ist ein Skandal und muss jetzt nach dem vernichtenden Urteil des Expertengremiums zurückgenommen werden.

**Weitere Informationen:**

<http://www.ute-koczy.de/cms/default/rubrik/10/10098.ilisustaudamm.html>

Schriftliche Fragen an die Bundesregierung Drs. 16/9516 (Juni 2008):

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/095/1609516.pdf>

Mündliche Fragen an die Bundesregierung (April 2008):

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16153.pdf> (Anlage 24/S. 59)

Antrag Drs. 16/2626 vom 20.09.2006: Keine Hermes-Bürgschaft für den Ilisu-Staudamm in der Türkei: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/026/1602626.pdf>

Ansprechpartnerin: **Ute Koczy**

*Weltbank schließt Atomkraft nicht aus*

Ohne einen Zugang zu einer nachhaltigen Energieversorgung werden sich die Entwicklungsländer nicht aus ihrer Armut befreien können. Alle Menschen haben ein Recht auf Entwicklung und auf einen Lebensstandard ohne Not. Die Entwicklung hin zu einem höheren Lebensstandard steht in enger Beziehung mit einem höheren Energiebedarf. Fossile und nukleare Energieträger sind sehr schädlich für Mensch, Umwelt und Klima und die fortschreitende Verknappung dieser Rohstoffe werden die Preise stetig ansteigen lassen.

Heute entfallen ungefähr 70 Prozent des Weltenergieverbrauchs auf die Industrieländer. Aber laut aktuellen Schätzungen wird sich in Zukunft mehr als zwei Drittel des Wachstums in Schwellen- und Entwicklungsländern vollziehen. Die Herausforderung besteht darin, Lösungen zur Deckung des steigenden Energiebedarfs zu finden. Gleichzeitig muss konsequent ein Weg beschritten werden, der unsere Abhängigkeit von fossilen Energierohstoffen verringert. Die Atomkraft darf dabei keine Rolle spielen. Zum einen sind auch die nuklearen Brennstoffe (Uran) endlich und zum anderen entsprechen die hoch technisierten Kraftwerke mit ihren großen Risiken nicht den infrastrukturellen Möglichkeiten der Entwicklungsländer. Nur über den Weg der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz kann den Bedürfnissen dieser Länder nach sauberer, günstiger und dezentraler Energieversorgung entsprochen werden.

Der G8-Gipfel von Gleneagles beauftragte 2005 die Weltbank damit, ihren Beitrag zu leisten, um die Erreichung der UN-Millenniumsentwicklungsziele mit den Erfordernissen des internationalen Klimaschutzes in Einklang zu bringen. Dabei spielen die Nutzung "sauberer Energien" in Schwellenländern, der Zugang der ärmsten Länder zu angepassten Energiesystemen und die Anpassung von Entwicklungsländern an den Klimawandel eine besondere Rolle.

Wir Grünen fordern, dass die Programme der Weltbank auf der Basis von Energieeffizienz und Energieeinsparungen helfen, den steigenden Energiebedarf in Entwicklungsländern zu decken. Darüber hinaus muss die Weltbank Vorreiterin beim Ausbau erneuerbarer Energien sein und auch zukünftig keine Investitionen im Bereich der Atomkraft tätigen.

**Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/1978 vom 28.06.2006: Eine Weltbank-Energiepolitik der Zukunft – Ja zu mehr Effizienz und erneuerbaren Energien, Nein zur Atomkraft:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/019/1601978.pdf>

AnsprechpartnerInnen: **Ute Koczy und Thilo Hoppe**

## 6.) *Gesundheit*

### *Grünes Fachgespräch: Die vergessenen Kranken – Maßnahmen gegen vernachlässigte Krankheiten*

Für vernachlässigte Krankheiten wie Schlafkrankheit und Flussblindheit, aber auch für Tuberkulose und Malaria zeichnen sich international erste Fortschritte bei der Forschung und Entwicklung von Medikamenten ab. Auf Einladung von Ute Koczy, entwicklungspolitische Sprecherin und Biggi Bender, gesundheitspolitische Sprecherin, diskutierten Marion Caspers-Merk, parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium, Professor Stefan Kaufmann, Direktor des Max-Planck-Instituts, Dr. Tido von Schön-Angerer, Ärzte ohne Grenzen und Cornelia Yzer, Hauptgeschäftsführerin des Verbands Forschender Arzneimittelhersteller (VFA) über nationale Möglichkeiten, die Anstrengungen bei den in Forschung und Entwicklung vernachlässigten Armutskrankheiten zu verstärken.

Am 24. Mai 2008 hatte die Weltgesundheitsversammlung ein globales Strategiepapier für einen Aktionsplan zu Gesundheit, Innovation und geistigem Eigentum verabschiedet. Die zum Teil sehr weitreichenden Empfehlungen stimmen hoffnungsvoll. Ob die damit verbundenen Erwartungen erfüllt werden, hängt nun von der national und international erforderlichen Konkretisierung ab. Das grüne Fachgespräch war die erste parlamentarische Veranstaltung, bei der nach der Annahme des Strategiepapiers die weiteren Schritte diskutiert wurden.

Das politische Interesse für die Bekämpfung vernachlässigter Krankheiten ist aktuell höher denn je. Mit dem globalen Strategiepapier der WHO wurde ein Prozess in Gang gesetzt, der konsequent weitergeführt werden muss. Die Bekämpfung von Armutskrankheiten ist eine globale Aufgabe, in der staatliche und multilaterale Institutionen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft kooperativ zusammenarbeiten müssen. Wir Grünen im Bundestag werden diesen Prozess begleiten und uns dafür einsetzen, dass die Empfehlungen der WHO mit Leben gefüllt werden.

**Weitere Informationen:**

[http://www.ute-koczy.de/cms/default/dok/239/239084.gruenes\\_fachgesprach\\_diskutiert\\_massnah.html](http://www.ute-koczy.de/cms/default/dok/239/239084.gruenes_fachgesprach_diskutiert_massnah.html)

[http://www.gruene-bundestag.de/cms/default/dok/239/239187.die\\_vergessenen\\_kranken.html](http://www.gruene-bundestag.de/cms/default/dok/239/239187.die_vergessenen_kranken.html)

Ansprechpartnerin: **Ute Koczy**

## *Internationales Jahr für sanitäre Grundversorgung 2008 der Vereinten Nationen – Chancen und Potentiale der Sanitärversorgung*

Die sanitäre Grundversorgung wird in der Entwicklungspolitik deutlich unterschätzt. Daher haben die Vereinten Nationen das Jahr 2008 auf Initiative des Beraterkreises für Wasser und sanitäre Grundversorgung des UN-Generalsekretärs (UNSGAB) zum UN-Sanitärjahr ausgerufen. Der Deutsche Bundestag (Bundestagsdrucksache 16/2758) hat dies auf grüne Initiative hin unterstützt. 1,1 Mrd. Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, während mehr als doppelt so viele, nämlich 2,6 Mrd., keinen Zugang zu Sanitärversorgung wie etwa Toiletten und Abwassersystemen besitzen. Die internationale Gemeinschaft hat sich dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2015 den Anteil der Menschen ohne Zugang zu halbieren. Doch das Millenniumsentwicklungsziel zur Sanitärversorgung ist weit davon entfernt, erreicht zu werden.

Sanitärversorgung ist die beste Präventivmedizin, erbringt volkswirtschaftliche und soziale Vorteile und ist für ein Leben in Würde unerlässlich: Rund 80 Prozent aller Krankheiten in Entwicklungsländern sind durch verschmutztes Wasser verursacht. Rund 5.000 Kinder unter fünf Jahren sterben täglich an den Folgen schmutzigen Wassers. Die Sanitärversorgung allein kann die Kindersterblichkeit mehr als halbieren. Die Arbeitsausfälle und Gesundheitsausgaben, die südlich der Sahara infolge unzureichender Wasser- und Sanitärversorgung auftreten, kosten Afrika laut UNDP jährlich fünf Prozent seiner Wirtschaftskraft. Investitionen in die Sanitärversorgung sind überaus lohnend: Jeder in den Sektor investierte Euro erbringt laut UNDP einen durchschnittlichen volkswirtschaftlichen Gewinn von neun Euro. Umweltpolitisch untragbar ist, dass 70 Prozent der Industrieabwässer in Entwicklungsländern ungeklärt in die Umwelt geleitet werden. Bei den kommunalen Abwässern sind es sogar 90 Prozent.

Deutschland fällt bei der Sanitärversorgung eine besondere Verantwortung zu, denn die rot-grüne Bundesregierung war mit der Süßwasserkonferenz in Bonn 2001 treibende Kraft dafür, dass das Sanitärziel auf dem Nachhaltigkeitsgipfel in Johannesburg 2002 nachträglich in den Katalog der Millenniumsziele aufgenommen wurde.

Um dem Sanitärziel wirklich näher zu kommen, gilt es, dem Thema auf der innenpolitischen Agenda der betroffenen Länder, aber auch auf der internationalen Tagesordnung, eine höhere Priorität einzuräumen, die Kapazitätsentwicklung voranzutreiben, das Marketing von Sanitärversorgung auszubauen, adäquate Finanzmittel zu generieren und das Monitoring zu stärken. Besonderes Augenmerk verdient das Potential wiederverwertungsorientierter Ansätze der Sanitärversorgung. Sie können durch Wassereinsparung und Umwandlung von Fäkalien zu Biogas oder Dünger wichtige und kostengünstige Beiträge dazuleisten, um Ressourcen zu schützen sowie die Anpassung an den Klimawandel und die landwirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen. Zudem können auch internationale Regelwerke an der Schnittstelle zwischen Umwelt- und Entwicklungspolitik sowie eine verbesserte Koordination verschiedener Akteure eine wichtige Rolle spielen.

### **Weitere Informationen:**

Große Anfrage Drs. 16/9387 vom 28.05.2008: Internationales Jahr für sanitäre Grundversorgung 2008 der Vereinten Nationen – Chancen und Potentiale der Sanitärversorgung: <http://dip21.bundestag.btg/dip21/btd/16/093/1609387.pdf>

Ansprechpartnerin: **Dr. Uschi Eid**



## *HIV/AIDS – Die besondere Verantwortung für Entwicklungsländer*

Weltweit sind rund 40 Millionen Menschen mit dem HI-Virus infiziert. Obgleich sich die Krankheit überall auf der Welt ausbreitet und alle Bevölkerungsschichten erreicht hat, sind einzelne Gruppen nach wie vor höheren Ansteckungsrisiken ausgesetzt. Von den 4,3 Millionen Neuinfizierten im Jahr 2006 ist ein überproportional großer Anteil Frauen und Mädchen. Waren vor zwanzig Jahren nur 40 Prozent aller Betroffenen weiblich, ist es mittlerweile fast die Hälfte. Nach Zahlen von UNAIDS lebten 2006 fast 18 Millionen Frauen mit der Immunschwäche. In Subsahara-Afrika, der weltweit am stärksten von der Pandemie betroffenen Region, sind sogar 59 Prozent der HIV-Infizierten weiblich. UNAIDS und die WHO schätzen, dass für das Jahr 2007 in der AIDS-Bekämpfung noch eine Finanzierungslücke von 10 Milliarden US-Dollar besteht – die Bundesregierung muss daher ihre Zusagen deutlich erhöhen.

Die Preise für die dringend benötigten Medikamente sind für die meisten Menschen in Entwicklungsländern nach wie vor nicht zu bezahlen. Internationale Patentrechte, insbesondere die Regelungen des TRIPS-Abkommens der Welthandelsorganisation, führen dazu, dass der Zugang zu Medikamenten in Entwicklungsländern durch zu hohe Preise erschwert wird, oder dass nur Medikamente für die Nachfrage in Industrieländern entwickelt werden. Die G8-Staaten haben vor zwei Jahren das Versprechen abgegeben, einen universellen Zugang zu Medikamenten zu ermöglichen. Deutschland steht daher auch in der Pflicht, dieses Versprechen einzulösen.

Unser interfraktioneller Antrag verleiht der Notwendigkeit zu schnellem Handeln Nachdruck. Darüber hinaus forderten wir die Bundesregierung dazu auf, sich bei der Bekämpfung von HIV/AIDS stärker auf die besondere Situation von Frauen zu konzentrieren und die deutsche G8-Präsidentschaft dafür zu nutzen, dem Thema HIV/AIDS auf höchster Ebene einen angemessenen Stellenwert zukommen zu lassen.

### **Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/3610 vom 29.11.2006: Welt-AIDS-Tag 1. Dezember 2006 – Die besondere Verantwortung für Entwicklungsländer unterstreichen:

<http://dip.bundestag.de/btd/16/036/1603610.pdf>

Ansprechpartnerin: **Ute Koczy**

## **7.) *Tourismus und Entwicklungszusammenarbeit***

### *Tourismus zur Armutsbekämpfung und zur sozialen und ökologischen Entwicklung in den Partnerländern nutzen*

Besonders in den Entwicklungs- und Schwellenländern kann der Tourismus einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen, aber auch sozialen und ökologischen Entwicklung leisten. Diese Potenziale sollten in diesen Ländern stärker genutzt werden. Bündnis 90/Die Grünen fordern in ihrem Antrag die Bundesregierung auf, das Engagement der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Förderung des nachhaltigen Tourismussektors in den Entwicklungsländern fortzuführen und zu intensivieren.

In ihrer Zukunftsstudie "Tourism 2020 Vision" rechnet die Welttourismusorganisation (UNWTO) mit weltweit 1,6 Milliarden Touristenankünften im Jahr 2020. Die Reisenden werden dabei geschätzte zwei Billionen US-Dollar ausgeben. Als Begünstigte dieser Entwicklung werden in erster Linie die Entwicklungs- und Schwellenländer gesehen. Der dort registrierte Incoming-Tourismus stellt damit einen der weltweit wichtigsten Wirtschaftssektoren mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten dar. Daher muss der Förderung eines nachhaltigen Tourismus als Beitrag zur Erfüllung der Millenniums-entwicklungsziele, insbesondere der Halbierung der Armut und des Schutzes der Umwelt, ein größeres Gewicht innerhalb der deutschen Entwicklungszusammenarbeit beigemessen werden.

**Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/4181 vom 31.01.2007: Tourismus zur Armutsbekämpfung und zur sozialen und ökologischen Entwicklung in den Partnerländern nutzen:

<http://dip.bundestag.de/btd/16/041/1604181.pdf>

Ansprechpartnerin: **Undine Kurth**

## 8.) *Energieaußenpolitik*

### *Zukunftsfähige Energieaußenpolitik*

„Was Du heute nicht kannst besorgen, macht Dir morgen größere Sorgen!“

Jürgen Trittin brachte in seinem Schlusswort den Tenor der Diskussionen auf der Konferenz der Bundestagsfraktion „Zukunftsfähige Energieaußenpolitik“ vom 25. und 26. April 2008 auf den Punkt. Um die zusammenhängenden Menschheitsprobleme der globalen Energieversorgung, der Ressourcenkrisen und des Klimawandels zu lösen, muss heute auf allen politischen Ebenen entschlossen gehandelt werden. Die Zeit drängt und die riesigen Herausforderungen einer globalen Energiewende können nur bewältigt werden, wenn sofort umgesteuert wird. Der Zugang zu Energie und der Aufbau umweltverträglicher Energiesysteme wird zunehmend auch ein zentrales Thema der Außenpolitik. Das wurde in den Reden des Chefökonom der Internationalen Energieagentur, Dr. Fatih Birol, der ehemaligen britischen Umwelt- und Außenministerin Margaret Beckett, sowie Bill Hare, einer der Hauptautoren des viel beachteten Berichtes des International Panel on Climate Change (IPCC) sowie vielen weiteren Rednern und Diskussionsteilnehmern deutlich.

Nahezu alle RednerInnen der Konferenz betonten, dass die Herausforderungen von Energiesicherheit und Klimawandel zwar groß seien, die Menschheit diese Aufgabe aber auch als Chance begreifen könne und müsse. Die Möglichkeiten neuer kooperativer Strukturen, neuer Technologien, neuer wirtschaftlicher Betätigungsfelder wurden einhellig betont. Konsens bestand vor allem darüber, dass die Entscheidung über den zukünftigen globalen Energiemix heute fällt, da heute in den OECD Ländern und den stürmisch wachsenden Schwellenökonomien in die Energieinfrastruktur investiert wird, und diese Investitionsentscheidungen sich jahrzehntelang auswirken. So hat eben auch der grüne Kampf gegen das Hamburger Kraftwerk Moorburg eine globale Facette.

**Weitere Informationen:**

[http://www.gruene-bundetag.de/cms/internationales/dok/230/230957.zukunftsfaehige\\_energieaussenpolitik.html](http://www.gruene-bundetag.de/cms/internationales/dok/230/230957.zukunftsfaehige_energieaussenpolitik.html)

Einen Reader über die Konferenz wird die Bundestagsfraktion im September 2008 veröffentlichen.

*Energie, Sicherheit, Gerechtigkeit*

Wir sind abhängig von Energieimporten und unsere Abhängigkeit wird mittelfristig weiter zunehmen. In den Industrieländern der OECD leben 15 Prozent der Weltbevölkerung, die 59 Prozent des Erdöls und 60 Prozent des Erdgases verbrauchen. Gleichzeitig verknappen sich die weltweiten Öl-, Kohle-, Uran- und Gasvorräte. Die weltweite Nachfrage steigt schneller als das Angebot.

In den Entwicklungsländern haben 1,6 Mrd. Menschen, d. h. über ein Viertel der Weltbevölkerung, keinen Zugang zu Elektrizität. Verfehlte Energiepolitik ist auch verfehlte Klimapolitik. Die wirtschaftlichen Verluste aufgrund des Klimawandels werden sich voraussichtlich bis Mitte des Jahrhunderts auf jährlich fünf Prozent des weltweiten Wachstums beziffern. Das wird gerade Entwicklungsländer am härtesten treffen, die die Hauptleidtragenden des Klimawandels sind.

All diese Zahlen zeigen, wie wichtig eine verantwortungsvolle Energieaußenpolitik ist, die auf globale Gerechtigkeit setzt und zu einer globalen Energiewende hin zu einer CO<sub>2</sub>-neutralen Wirtschaft beiträgt. Wir setzen uns für ein modernes Konzept nachhaltiger Energieaußenpolitik ein, das Energie in alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik, der Außenwirtschaftspolitik, der Entwicklungszusammenarbeit sowie der internationalen Klima- und Umweltpolitik integriert. Wir setzen uns für eine Energieaußenpolitik ein, die die globalen Herausforderungen des Klimawandels und der Rohstoffkrise, der weltweiten Armut und Ausgrenzung, den neuen Rüstungswettlauf und die weltweite nukleare Aufrüstung wirksam angeht.

**Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/8181 vom 20.02.2008: Energie, Sicherheit, Gerechtigkeit:  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/081/1608181.pdf>

Ansprechpartner: **Jürgen Trittin**

## 9) *Globalisierung*

*Magere Gesamtbilanz des G8-Gipfels in Japan*

Insgesamt haben am G8-Gipfel auf der nordjapanischen Insel Hokkaido 22 Staaten teilgenommen – mehr denn je. Entsprechend aufwendig und teuer war die Vorbereitung. 356 Mio. Euro ließ sich die japanische Regierung den Gipfel kosten.

Die Reform der G8, eine Erweiterung oder Transformation, stand gar nicht erst auf der Tagesordnung, obwohl bei diesem Treffen Staats- und Regierungschefs aus allen Kontinenten an verschiedenen Beratungen teilnahmen. Was sich jedoch abzeichnete, ist eine Verstetigung des sogenannten Heiligendamm-Prozesses, bei dem in einem festen Format auf und zwischen den Gipfeln mit China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika über Klima und Energiefragen, sowie über Fragen der Finanz-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik diskutiert wird.

Auf der Tagesordnung des Gipfels standen die Themen Klima- und Energiepolitik, die Weltagrar- und Nahrungsmittelkrise, der Meinungs austausch über die aktuelle Lage der Weltwirtschaft und die Beziehungen der G8 zu Afrika. Der Blick auf die Ergebnisse des Gipfels in den einzelnen Bereichen lässt vermuten, dass die Erinnerung an Japan schnell verblasen wird. In kaum einem Bereich wurden überzeugende Resultate erzielt. Spürbar kleiner wird keines der behandelten Probleme, es geht keine Aufbruchstimmung vom Tagungsort Toyako aus.

**Weitere Informationen inklusive Gesamtbilanz:**

[http://www.gruene-bundetag.de/cms/globalisierung/dok/241/241824.magere\\_gesamtbilanz\\_des\\_g8gipfels\\_in\\_jap.html](http://www.gruene-bundetag.de/cms/globalisierung/dok/241/241824.magere_gesamtbilanz_des_g8gipfels_in_jap.html)

AnsprechpartnerInnen: **Thilo Hoppe und Ute Koczy**

*G8-Gipfel in Japan: Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung stärken*

In unserem Antrag forderten wir die Bundesregierung dazu auf, den japanischen G8-Gipfel im Juli 2008 dafür zu nutzen, Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung voranzubringen.

Im Bereich Klima- und Energie hätten die G8-Staaten eine klare Botschaft an Schwellen- und Entwicklungsländer sowie an die US-amerikanische Politik in der Ära nach Bush senden müssen, dass man gewillt ist, das Klimaproblem mit aller Entschlossenheit anzugehen. Die "Hausnummer" für verbindliche CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele der G8 für die Zeit nach 2012 ist klar zu benennen. Deutschland sollte sich zu Reduktionen von 40 Prozent bis 2020 und 80 Prozent bis 2050 bereit erklären, die anderen G8 Staaten sollten sich mindestens zu einer Reduktion um 30 Prozent bis 2020 und von 60 bis 80 Prozent bis 2050 verpflichten.

Auch beim zweiten großen Thema – der Nahrungsmittel- und Agrarkrise – waren dringend substantielle Fortschritte notwendig: Eine zentrale Forderung war hier ein klarer Beschluss der G8 zum Abbau aller Subventionen, die negative Auswirkungen auf den Agrarsektor in Entwicklungsländern haben, vor allem in Afrika. Zudem müssen die G8-Staaten im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit mehr Geld für die Förderung der ländlichen Entwicklung ausgeben und ihre Nothilfe durch stärkere Unterstützung des Welternährungsprogramms ausbauen.

Handlungsbedarf besteht zudem bei den globalen krisengeschüttelten Finanzmärkten: diese müssen dringend stabilisiert werden. Da sich zentrale Finanzplätze in den G8-Staaten befinden, tragen diese Staaten eine besondere Verantwortung bei der Aufgabe, den Finanzmärkten ein effektives, verbindliches Regelwerk zu geben.

Weitere Themen auf dem Gipfel waren die Energiepolitik, der Schutz der biologischen Vielfalt und der Ausbau der Zusammenarbeit zwischen G8-Staaten und den afrikanischen Staaten. Zu all diesen Themen sowie zu den grünen Forderungen an den G8-Gipfel insgesamt, finden Sie die ausführliche Darstellung im Antrag "G8-Gipfel in Japan für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung nutzen".

**Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/9751 vom 25.06.2008: G8-Gipfel in Japan für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung nutzen: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/097/1609751.pdf>

AnsprechpartnerInnen: **Thilo Hoppe und Ute Koczy**

*Die deutsche G8-Präsidentschaft 2007*

In unserem Antrag formulierten wir damals unsere Erwartungen an die deutsche G8-Präsidentschaft: Dazu gehörten Armutsbekämpfung, der Erhalt unserer Umwelt, gemeinsame Antworten auf den Klimawandel und ein faires Handelssystem. Wir forderten die Bundesregierung auf, neue Initiativen zum Klimaschutz in den Mittelpunkt der Agenda zu rücken. Als Hauptverursacher des Klimawandels kommt der G8 eine besondere Verpflichtung zur Verringerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen zu. Eine Verständigung auf soziale und ökologische Leitplanken der Globalisierung ist dringend erforderlich. Die G8 könnte hierzu wesentlich beitragen. Zudem forderten wir eine stärkere Unterstützung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) durch die G8. Dazu zählen insbesondere der Kampf gegen HIV/Aids, Malaria und eine allgemeine Stärkung der Gesundheitssysteme in Entwicklungsländern sowie der verbesserte Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Eine weitere bedeutende Aufgabe besteht in der Reform der G8. Die Bundesregierung hat es versäumt, diese dringende Frage zum Thema ihrer Präsidentschaft 2007 zu machen. Die G8 repräsentieren gerade mal ein Fünftel der Weltbevölkerung. Durch den wirtschaftlichen Aufstieg insbesondere der Schwellenländer (vor allen Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika) verlieren sie zunehmend an wirtschaftlichem und politischem Einfluss. Ohne eine systematische Einbindung der Schwellenländer kann mittlerweile kein Weltproblem viel versprechend bearbeitet werden. Die ungelöste Aufgabe besteht darin, eine systematische Kooperation mit den erwähnten Ländern auszubauen und vor allem die Rolle der Vereinten Nationen zu stärken. Die Vorschläge einer noch von Kofi Annan eingesetzten hochrangigen Expertenkommission zur Verbesserung der „Global Governance“ verdienen, unserer Meinung nach, mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung.

**Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/4151 vom 31.01.2007: Reformen für eine gerechte Globalisierung – Deutsche G8-Präsidentschaft für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung nutzen: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/041/1604151.pdf>

AnsprechpartnerInnen: **Thilo Hoppe und Ute Koczy**

## 10.) Afrika

### *Sexuelle Gewalt gegen Frauen*

Die gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Demokratischen Republik Kongo haben in den vergangenen zehn Jahren mehr Menschenleben gefordert, als jeder andere Konflikt nach dem Zweiten Weltkrieg. Unter den mittlerweile 5,4 Mio. Toten sind viele Kinder und Frauen.

Selbst fünf Jahre nach dem offiziellen Ende des letzten Kongo-Krieges, der als erster afrikanischer Weltkrieg traurige Berühmtheit erlangte, gehen die Gewaltexzesse vor allem im Ost-Kongo weiter. Besonders Frauen und Mädchen sind noch immer Opfer beispiellos brutaler sexualisierter Gewalt – Opfer einer systematischen Erniedrigung und Machtdemonstration durch ihre Peiniger. Vor allem in den Ostprovinzen Nord- und Süd-Kivu werden weiterhin viele Frauen vergewaltigt und gefoltert. Die Gewalt macht auch vor Mädchen und sogar Säuglingen nicht halt. Die Organisation Ärzte ohne Grenzen gibt an, dass 75 Prozent aller Vergewaltigten, die sie weltweit behandeln, aus dem Kongo stammen. Medica Mondiale spricht deshalb bereits von einem "Femizid". Der fortgesetzte Krieg und die sexualisierte Gewalt im Ost-Kongo sind eine Gefahr für dauerhaften Frieden im gesamten Land.

Die sexualisierte Gewalt gegenüber Frauen geht vor allem von bewaffneten Gruppen wie der "Forces Démocratiques de Libération du Rwanda" (FDLR) und den aus Ruanda geflohenen Hutu-Milizen aus, die sich nach wie vor im Ost-Kongo aufhalten und die Bevölkerung terrorisieren. Aber alle anderen am Konflikt beteiligten Kräfte, wie die Miliz des kongolesischen Ex-Generals Laurent Nkunda, sind ebenfalls beteiligt, immer stärker auch die Soldaten der kongolesischen Armee (FARDC). Die Gruppen setzen die physische und psychische Zerstörung von Frauen systematisch als Mittel der Kriegsführung ein. Viele Frauen werden nach einer Vergewaltigung von ihren Familien verstoßen ebenso wie die bei Vergewaltigungen gezeugten Kinder.

Systematische sexualisierte Gewalt gegenüber Frauen ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Nicht nur der Kongo, sondern auch die internationale Gemeinschaft, die VN, Afrikanische Union sowie EU und damit auch die Bundesregierung stehen deshalb in der Mitverantwortung, die Frauen im Kongo zu schützen. Dazu verpflichtet vor allem die VN-Resolution 1325 und jüngst nochmals die VN-Resolution 1820.

Wir Grünen fordern die Bundesregierung auf, die kongolesische Regierung sowie PolitikerInnen im Kongo zu drängen, ein umfassendes Handlungskonzept zur Bekämpfung von sexualisierter Gewalt gegenüber Frauen vorzulegen und dessen Umsetzung tatkräftig zu unterstützen. Misshandelten Frauen muss verstärkt der Zugang zu medizinischer, psychologischer und juristischer Unterstützung ermöglicht werden. Außerdem muss endlich die Entwaffnung und Demobilisierung der marodierenden Gruppen erfolgen.

#### **Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/9779 vom 25.06.2008: Sexuelle Gewalt gegenüber Frauen in der Demokratischen Republik Kongo unverzüglich wirksam bekämpfen:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/097/1609779.pdf>

Ausführlicher Hintergrundtext: [http://www.gruene-bundestag.de/cms/internationales/dok/241/241336.sexuelle\\_gewalt\\_gegen\\_frauen.html](http://www.gruene-bundestag.de/cms/internationales/dok/241/241336.sexuelle_gewalt_gegen_frauen.html)

Ansprechpartnerin: **Kerstin Müller**

*Afrika beim Schutz der Umwelt, des Klimas und der Anpassung an den Klimawandel unterstützen*

Siehe unter: 1.) Umwelt und Klima

**Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/9313 vom 28.05.2008: Afrika beim Schutz der Umwelt, des Klimas und der Anpassung an den Klimawandel unterstützen:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/093/1609313.pdf>

AnsprechpartnerInnen: **Ute Koczy und Thilo Hoppe**

*EU-Exportsubventionen verschärfen Hunger in Afrika*

Siehe unter 4.) Ernährung, Landwirtschaft und Hunger

**Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/8404 vom 05.03.2008: Keine EU-Exportsubventionen für Schweinefleisch in Entwicklungsländer: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/084/1608404.pdf>

Ansprechpartner: **Thilo Hoppe**

*Chance für Kenia*

Vier Monate nach den Parlaments- und Regierungswahlen in Kenia, Mitte April 2008, wurde die erste große Koalitionsregierung Afrikas vereidigt mit den ehemaligen erbit-terten Widersachern Präsident Mwai Kibaki und dem neuen Premierminister Raila Odinga an der Spitze. Kenia versucht damit einen Schlusspunkt unter die jüngste poli-tische Krise zu setzen. Nach der gefälschten Präsidentschaftswahl zugunsten Kibakis im Dezember 2007 wurde das Land von einer beispiellosen Welle der Gewalt erfasst. 1.500 Tote und 350.000 Vertriebene waren die Folge. Das Land stand kurz vor einem Bürgerkrieg. Auch angesichts massenhafter Menschenrechtsverbrechen erwiesen sich die beiden Kontrahenten Kibaki und Odinga unfähig, zum Wohle des Volkes aufeinander zuzugehen.

Erst das entschlossene Handeln der internationalen Gemeinschaft, allen voran der Afrikanischen Union (AU) und ihres Chef-Vermittlers Kofi Annan, brachte den Men-schen in Kenia wieder Hoffnung. Geschickt hatte Annan den Druck auf die Streitpar-teien erhöht, indem er gewichtige internationale Vertreter nach Kenia lotste. Am 28. Februar einigten sich die Streitparteien schließlich auf die Bildung einer großen Koali-tion. Der Fall zeigt, dass zivile multilaterale Krisenbearbeitung in Afrika erfolgreich sein kann, wenn die internationale Gemeinschaft mit der AU an einem Strang zieht. Er zeigt ferner die zentrale Bedeutung eines international angesehenen und erfahrenen Krisenmanagers. Dieses entschlossene und rechtzeitige Handeln wäre auch für andere Krisenherde in Afrika, wie in Darfur, im Ost-Kongo oder in Simbabwe wünschenswert gewesen. Das große Leid der Menschen dort wäre vielleicht so zu verhindern gewesen.

Die Regierungsbildung in Kenia markiert ein neues Kapitel in der Geschichte des Lan-des und eröffnet die Chance auf eine friedliche Zukunft. Die künftige Zusammenarbeit der einstigen politischen Gegner wird hoffentlich auch zu einem Vorbild für ganz Afri-ka werden.

Trotz des Verhandlungserfolgs Annans kann die Gewalt jedoch immer wieder aufblühen. Deshalb muss die neue kenianische Regierung die tiefer gehenden Ursachen der Krise aufarbeiten. Sie muss sich entschieden für einen Versöhnungsprozess nach den zurückliegenden Gewaltexzessen einsetzen und die Korruption im Land auf allen Ebenen bekämpfen. Die internationale Gemeinschaft, die AU, die EU und die Bundesregierung sind aus ihrer Schutzverantwortung gegenüber den Menschen in Kenia solange nicht entlassen, bis eine grundsätzliche Veränderung der Lage erfolgt ist.

Seit Beginn der Krise haben wir Grünen zum nachhaltigen Handeln ermahnt. Mit unserem parlamentarischen Antrag "Kenia stabilisieren, Entwicklung in Frieden unterstützen" unterstreichen wir dies nochmals.

**Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/8403 vom 05.03.2008: Kenia stabilisieren, Entwicklung in Frieden unterstützen: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/084/1608403.pdf>

Ansprechpartnerin: **Kerstin Müller**

*Übergangsabkommen mit den Staaten Afrikas und des Pazifik dürfen nicht zur Zwangsjacke werden*

Eigentlich sollten bis zum 31.12.2007 umfassende Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) zwischen der Europäischen Union und den sogenannten AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) abgeschlossen werden. Dies ist schließlich nur mit der karibischen Regionalgruppe gelungen. Viele Staaten Afrikas und der Pazifik-Region haben dagegen mit der EU in letzter Minute Interimsabkommen zur Liberalisierung des Güterhandels abgeschlossen, um den Zugang zum europäischen Markt nicht zu gefährden. Aufgrund der Pokermentalität aller Verhandlungspartner – Druck und Drohungen seitens der Europäischen Union, Aussitzversuche seitens der AKP-Staaten – sind viele dieser Interimsabkommen mit heißer Nadel gestrickt worden und bergen nicht zu unterschätzende Risiken. Einige Länder sind Liberalisierungsverpflichtungen eingegangen, die weit über das hinausgehen, was von der Welthandelsorganisation (WTO) gefordert wird.

Wenn über 90 Prozent der Zölle für Importe aus der EU ganz abgeschafft werden sollen und der Rest mit sofortiger Wirkung eingefroren wird, gibt dies den Entwicklungsländern noch weniger Möglichkeiten, sich gegen Dumping-Fluten und übermächtige Konkurrenz aus der EU zu wehren. Weder ein ausreichender Schutz der heimischen Landwirtschaft vor subventionierten EU-Agrarexporten noch die gezielte Förderung neuer, noch verletzlicher Wirtschaftszweige lassen sich so gewährleisten. Im weiteren Verhandlungsprozess, der wirklich zu einem entwicklungsfreundlichen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen führen soll, müssen Korrekturen und Anpassungen möglich sein, wenn sich herausstellen sollte, dass Liberalisierungen in einigen Sektoren zu sozialen und ökologischen Verwerfungen führen. Insbesondere die Auswahl und der Umfang der Produkte, die vollständig liberalisiert werden sollen, müssen verändert werden können. Dies ist besonders für jene Länder wichtig, die bilaterale Übergangsabkommen abgeschlossen haben, sich aber in größere Regionalgruppen eingliedern wollen, die zu solch weitgehenden Liberalisierungen nicht bereit sind.



**Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/7469 vom 12.12.2007: Wirtschaftspartnerschaftsabkommen und Interimsabkommen zwischen EU und AKP-Staaten entwicklungsfreundlich gestalten:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/074/1607469.pdf>

Antrag Drs. 16/4055 vom 17.01.2007: Für ein Entwicklungspartnerschaftsabkommen der Europäischen Union (EU) mit den Staaten der Afrika-, Karibik-, Pazifikgruppe (AKP):

<http://dip.bundestag.de/btd/16/040/1604055.pdf>

Ansprechpartner: **Thilo Hoppe**

*Versöhnung mit den ehemaligen Kolonialgebieten*

Auf grüne Initiative hin hat der deutsche Bundestag anlässlich des 100-jährigen Gedenkens an den ersten Völkermord im 20. Jahrhundert, dem Krieg gegen die Herero ab 1904 im damaligen „Deutsch-Südwest“, gefolgt von dem brutalen Vorgehen gegen Nama und Damara, einen Antrag (Drs. 15/3329) verabschiedet, der die deutsche historische Schuld benennt. Der Antrag erkennt an, dass die Folgen dieser Gewalttaten im heutigen Namibia bis in die Gegenwart hineinreichen.

Mit Bedauern muss festgestellt werden, dass der Begriff „Völkermord“ im Deutschen Bundestag nicht mehrheitsfähig war, weil Regierung und viele Abgeordnete Sorge hatten, mit der Verwendung dieses Begriffes in einem offiziellen Dokument Reparationsforderungen rechtlichen Halt zu geben. Die Verwendung von Umschreibungen entwertete den Bundestagsbeschluss und löste Irritationen aus, die erst durch die gute Rede der Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul in Namibia etwas geglättet wurden. Trotzdem kam der Dialog über die Gestaltung des weiteren Versöhnungsprozesses zwischen deutscher und namibischer Regierung nicht recht in Gang. In jüngerer Zeit wird der Dialog zwischen den ParlamentarierInnen, an dem auch grüne Abgeordnete teilnehmen, intensiviert.

Aufgrund der fehlenden Mehrheiten im Bundestag wurde das 100-jährige Gedenken an das grauenhafte Vorgehen der deutschen Kolonialmacht im damaligen Deutsch-Ostafrika, dem heutigen Tansania, dem noch weit mehr Menschen zum Opfer fielen, nicht mit einem Antrag begleitet.

Dennoch haben wir die Rückführung der geraubten Kulturgüter und Gebeine mit einer Frage an die Bundesregierung (Drs. 16/7052) thematisiert, die daraufhin in Aussicht stellte, dass die Stiftung Preußischer Kulturbesitz entsprechende Recherchen durchführen und die Rückführung der Kulturgüter koordinieren werde. Grüne fordern, dass die Berliner Charité eine analoge Funktion für die Rückführung der Gebeine von vielen tausend Afrikanern übernehmen soll. Diese wurden seinerzeit zu angeblichen Forschungszwecken angeeignet, lagern seit 100 Jahren in Kellern deutscher Forschungseinrichtungen und müssen endlich in ihren Heimatländern zur Ruhe gebettet werden.

**Weitere Informationen:**

Schriftliche Fragen an die Bundesregierung Drs. 16/7052 vom 09.11.2007:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/070/1607052.pdf>

Ansprechpartner: **Hans Christan Ströbele**

## *Politische Lösungen sind Voraussetzung für Frieden in Somalia*

Seit dem Ende der gescheiterten UN-Friedensmission 1995 stand Somalia kaum mehr auf der internationalen Agenda, sondern galt vor allem als Paradebeispiel für Staatsversagen. Als die Union der Islamischen Gerichtshöfe (UIC) Somalia weitgehend unter ihre Kontrolle bringen konnte, änderte sich dies, da befürchtet wurde, hier könne eine neue Front des internationalen islamistischen Terrorismus entstehen. Der Bevölkerung aber ermöglichte die UIC-Herrschaft nach langen Jahren eine relative Normalisierung des Lebens. Ende 2006 mandatierte der UN-Sicherheitsrat eine afrikanische Friedensmission, doch bald darauf intervenierte Äthiopien militärisch und entsandte Truppen zum Schutz der von der Bevölkerungsmehrheit nicht akzeptierten somalischen Übergangsregierung. Daraufhin wurde im Januar 2007 eine weitere afrikanische Friedensmission (AMISOM) beschlossen. Die Kämpfe in Somalia eskalierten und es besteht kaum Zweifel daran, dass dabei das humanitäre Völkerrecht verletzt wurde. Hunderttausende Menschen mussten fliehen.

Ein dauerhafter Frieden in Somalia ist ohne die Beseitigung der regionalen Hintergründe des Konflikts kaum vorstellbar. Im Mittelpunkt stehen dabei die Grenzstreitigkeiten zwischen Äthiopien und Eritrea. Äthiopien unterstützt die somalische Übergangsregierung, Eritrea hingegen die UIC.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich in Initiativen zur Lösung des äthiopisch-eritreischen Grenzkonflikts zu engagieren, auf einen Regionaldialog zum Ausgleich von Sicherheitsinteressen hinzuwirken und aktiv zur EU-Partnerschaft mit dem Horn von Afrika beizutragen. Sie soll sich für einen innersomalischen Dialogprozess engagieren, der zum Ziel hat, eine repräsentative Regierung der nationalen Einheit zu bilden und eine Übereinkunft über die innersomalische Akzeptanz von AMISOM zu erzielen. Die Bundesregierung ist weiterhin aufgefordert, dazu beizutragen, dass AMISOM auf einer solchen Basis entsandt werden kann, sie als unparteiisch wahrgenommen wird, und dass die Verletzungen des UN-Waffenembargos enden. Zentral ist auch ein Einsatz für einen differenzierten Umgang mit dem politischen Islam. Außerdem fordern wir von der Bundesregierung einen Konfliktlösungsansatz, der eine deutsche Initiative für einen Wiederaufbauplan beinhaltet, Somalia in Aussicht stellt, Kooperationsland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu werden, sobald eine breit akzeptierte Übergangsregierung errichtet ist, sowie Gefahren für die Stabilität Somalilands abwendet.

Diesen Forderungen aus einem ursprünglich grünen Antrag wurde durch eine Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschuss interfraktionell zugestimmt.

### **Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/4759 vom 21.03.2007: Politische Lösungen sind Voraussetzung für Frieden in Somalia: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/047/1604759.pdf>

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) vom 20.06.2007 zu dem obigen Antrag:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/057/1605754.pdf>

Antrag Drs. 16/9761 vom 28.06.2008: Ursachen der Piraterie vor der somalischen Küste bearbeiten – politische Konfliktlösungsschritte für Somalia vorantreiben:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/097/1609761.pdf>

Ansprechpartnerin: **Dr. Uschi Eid**

## *Afrika auf dem Weg zu Demokratie und Entwicklung unterstützen*

Anders als häufig behauptet, ist Afrika nicht einzig ein von Krisen und Katastrophen gekennzeichneter "verlorener Kontinent", vielmehr bieten sich hier neue Chancen der Kooperation. Es finden demokratische und ökonomische Fortschritte statt, die aber von Politik und Medien oft unbemerkt bleiben. Die deutsche EU- und G8-Präsidentschaft waren Möglichkeiten, die Zusammenarbeit mit Afrika auf allen politischen Feldern weiter zu entwickeln. In unserem Antrag werden die neuen strategischen Optionen afrikanischer Staaten, beispielsweise mit China, beleuchtet, ebenso wie die Möglichkeiten der Kooperation mit der AU in außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Es wird die Bedeutung der Kooperation im Rahmen der neuen Partnerschaft für Afrika – der NEPAD-Initiative – dargestellt und deutlich gemacht, dass die sozialen und ökologischen Herausforderungen gewaltig sind. Erkennbar ist dies am Beispiel der unbefriedigenden Entwicklung bei der Erreichung der Millenniumsziele, der (nicht-) nachhaltigen Nutzung von Rohstoffen sowie den Herausforderungen des Klimawandels für den afrikanischen Kontinent. Wir forderten die Bundesregierung auf, ihre Zusagen zur Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit einzuhalten.

### **Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/4425 vom 28.02.2007: Afrika auf dem Weg zu Demokratie und nachhaltiger Entwicklung unterstützen: <http://dip.bundestag.de/btd/16/044/1604425.pdf>

AnsprechpartnerInnen: **Thilo Hoppe und Ute Koczy**

## **11.) Lateinamerika**

### *Menschenrechtsslage in der Andengemeinschaft und in Venezuela*

Die Andengemeinschaft umfasst heute Bolivien, Kolumbien, Ecuador und Peru und hat die wirtschaftliche, politische und soziale Integration dieser Länder zum Ziel. Bis zum Jahr 2006 war auch Venezuela Mitglied des Integrationsbündnisses. Die Region verbindet eine wirtschaftliche und politische Verflechtung. Allerdings sind die Mitglieder der Andengemeinschaft auch durch z. T. grenzüberschreitende Menschenrechtsprobleme verbunden.

Für uns ist Menschenrechtspolitik ein integraler Bestandteil der Entwicklungspolitik. Neben den politischen und zivilen Rechten liegt unser Schwerpunkt auf den Menschenrechten der zweiten Generation, den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten.

In unserer Großen Anfrage „Zur Menschenrechtssituation in den Ländern der Andengemeinschaft und Venezuela“ fragen wir die Bundesregierung, wie sie die Menschenrechtsslage in diesen Ländern einschätzt. Wir möchten wissen, wie die deutsche EZ zur Verbesserung der Menschenrechtsslage beiträgt, aber auch welche Auswirkungen wirtschaftliche Aktivitäten, z.B. bei der Ölförderung in Ecuador oder in den Minen Perus, auf die Menschenrechte haben. Außerdem interessiert uns, in wie weit Angela Merkel menschenrechtliche Fragen bei ihren Besuchen in Kolumbien und Peru im Mai 2008 zur Sprache gebracht hat. Die Antwort der Bundesregierung erwarten wir im Dezember 2008.

**Weitere Informationen:**

Große Anfrage Drs. 16/9866 vom 25.06.2008: Zur Menschenrechtssituation in den Ländern der Andengemeinschaft und Venezuela:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/098/1609866.pdf>

Ansprechpartner: **Volker Beck und Thilo Hoppe**

*Grüner Erfolg für den Amazonas – Interfraktioneller Antrag zum Schutz des Yasuní-Nationalparks in Ecuador*

Siehe unter 2.) Tropenwald und Biodiversität

**Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/9758 vom 25.06.2008: Vorschlag Ecuadors für den globalen Klima- und Biodiversitätsschutz prüfen und weiterentwickeln – Schutz des Yasuní-Nationalparks durch Kompensationszahlungen für entgangene Einnahmen erreichen:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/097/1609758.pdf>

Ansprechpartnerin: **Ute Koczy**

*Umwelt- und Klimaschutz in Lateinamerika*

Anlässlich der Reise der Bundeskanzlerin zum fünften Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, Lateinamerikas und der Karibik am 16. Mai 2008 in Peru forderten wir die Bundesregierung auf, die Klima- und Umweltkooperation mit Lateinamerika und der Karibik zu intensivieren und die strategische Partnerschaft endlich mit mehr Leben zu füllen. Hier liegt ein großes Potenzial für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Regionen: Wir können den Ausbau einer wirklichen Partnerschaft anbieten, von der alle profitieren, und die auf der Höhe der Zeit ist. Bei der Stärkung des internationalen Umwelt- und Klimaschutzes ist Lateinamerika ein wichtiger Partner für Deutschland und die EU. Beide Regionen setzen sich für multilaterale Lösungen ein. Schon heute sind wir wichtige Verbündete bei internationalen Verhandlungen.

Deutschland kann zu einer verstärkten Kooperation zwischen den Regionen viel beitragen. Besonders im Bereich der Umwelttechnologien nehmen wir eine Vorreiterrolle ein. Deutschland hat in Pilotprojekten wie dem PPG7-Tropenwaldprogramm in Brasilien gezeigt, dass die Kooperation beim Umweltschutz Früchte tragen kann. Fortschritte werden jedoch immer wieder von Rückschlägen überschattet: So hat die Zerstörung des Regenwaldes in Amazonien in letzter Zeit wieder zugenommen. Eine echte Partnerschaft muss sich all diesen Problemen stellen: den Waldschutz intensivieren, durchsetzbare Nachhaltigkeitskriterien für den gesamten Agrarsektor vereinbaren und den Umwelt- und Klimaschutz konsequent mit der Armutsbekämpfung verbinden.

Die EU muss ihre Chancen in Lateinamerika nutzen. Dafür sollte sie regionale Kooperationen unterstützen, statt weitere bilaterale Freihandelsabkommen wie zuvor mit Chile und Mexiko abzuschließen. Lateinamerika und vor allem die regionalen Schwergewichte Brasilien und Mexiko sind längst globale Akteure. Ob Reform von Internationalem Währungsfonds und Weltbank oder Fortschritte bei der Doha-Runde der Welthandelsorganisation: Lateinamerika redet mit.

**Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/8907 vom 23.04.2008: Die strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union, Lateinamerika und der Karibik durch eine intensive Umwelt- und Klimakooperation beleben: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/089/1608907.pdf>

Ansprechpartner: **Thilo Hoppe**

*Unzeitgemäß: Atomvertrag mit Brasilien*

Der deutsch-brasilianische Atomvertrag sollte durch einen Erneuerbare-Energien-Vertrag, der im Geiste des Klimaschutzes steht, ersetzt werden. Dadurch möchten wir ein Kapitel beenden, das 1975 zur Zeit der Militärdiktatur in Brasilien geschrieben wurde und nicht mehr zeitgemäß ist. Wir wollen stattdessen ein neues Kapitel aufschlagen und eine zukunftssträchtige Energiepartnerschaft voranbringen, die auf Klimaschutz, nachhaltige Energieversorgung und Entwicklung setzt. Eine solche strategische Zusammenarbeit könnte energiepolitischen Modellcharakter auch für andere Länder haben.

Auf diplomatischer Ebene wurde das Ende des Atomvertrages bereits im November 2004 im beidseitigen Einvernehmen angekündigt. Statt diese Chance beim Schopf zu packen, verhinderte das Wirtschaftsministerium zunächst ein neues Abkommen. Im Mai 2008 wurde dann ein Vertrag über die Kooperation bei erneuerbaren Energien zwischen Brasilien und Deutschland unterzeichnet. Bedingung hierfür war jedoch, dass die Atomkooperation auch über das Jahr 2009 fortgesetzt wird. Das BMWi will sich auch weiterhin die kontroverse Nuklearoption offen halten, im Zusammenspiel mit der Atomlobby in Deutschland und Brasilien.

Wir fordern die Bundesregierung auf, nicht weiter Wasser auf die Mühlen der Atomlobby zu gießen, weder bei uns noch in Brasilien. Stattdessen brauchen wir eine Energiepartnerschaft, die im Geiste des Klimaschutzes steht. Auch die brasilianische Seite muss sich entscheiden. Wenn sie weiterhin die Atomkarte in den bilateralen Verhandlungen aufblitzen lässt, trägt sie dazu bei, dass in attraktiven Bereichen wie Biotreibstoffen und Energieeffizienz nichts voran geht.

**Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/4426 vom 28.02.2007: Deutsch-brasilianischen Atomvertrag durch Erneuerbare-Energien-Vertrag ersetzen:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/044/1604426.pdf>

Ansprechpartner: **Thilo Hoppe**

## 12.) *Afghanistan*

### *Kurswechsel jetzt*

Unter der Überschrift "Kurswechsel in Afghanistan" haben wir im Bundestag eine Debatte über die Strategie beim zivilen Aufbau in Afghanistan auf die Tagesordnung gesetzt und einen eigenen Antrag dazu in das Parlament eingebracht. Wir Grünen haben in den letzten Monaten immer wieder dringende Kurskorrekturen beim internationalen Engagement in Afghanistan gefordert, um bestehende Defizite abzustellen und die Erfolge des Aufbaus voranzubringen.

Aufgrund der schlechten Sicherheitslage verengt sich die Diskussion um Afghanistan auf die Debatte über militärische Kapazitäten und Mandatsgrenzen und überschattet dabei die dringend erforderliche Auseinandersetzung über den zivilen Aufbau. Der Antrag fordert einen massiven Ausbau der entwicklungspolitischen Aufbauarbeit und stellt Forderungen für eine realistischere entwicklungspolitische Strategie.

Dazu gehört die sofortige Aufstockung der deutschen Beiträge für die zivile Aufbauarbeit auf mindestens 200 Millionen Euro in diesem Jahr. Es geht aber nicht nur um Quantität. Gefordert werden vor allem konkrete qualitative Verbesserungen und eine Erhöhung der Transparenz bei der Umsetzung. Entsprechend sollte die Bundesregierung einen Stufenplan mit klaren, mess- und überprüfbaren Etappenzielen für die deutsche Aufbauarbeit erstellen. Der Antrag fordert darüber hinaus die Bundesregierung auf, einen jährlichen Bericht über die Verwendung der entwicklungspolitischen Mittel vorzulegen und dem Parlament bis Ende des Jahres eine Evaluierung der Arbeit der deutschen Provincial Reconstruction Teams (PRTs) vorzulegen.

Für uns ist es elementar, dass die afghanische Eigenverantwortung (Ownership) mit allen Maßnahmen gestärkt wird. Dafür gilt es, massiv die afghanischen Kapazitäten in Verwaltung, Justiz, Polizei und anderen Bereichen zu stärken. Ebenso muss die Bevölkerung direkt eingebunden werden und stärker von den Aufbauhilfen profitieren. Besonders der Schutz der afghanischen Frauen und Mädchen vor Gewalt muss beim Aufbau der afghanischen Gesellschaft ganz oben auf der Agenda der zivilen Friedensstrategie stehen. Um Frauen und Mädchen Selbstbestimmung und Teilhabe zu ermöglichen, brauchen sie den verlässlichen Zugang zu Bildung. Das Ziel muss daher sein, langfristig angelegte Frauen- und Geschlechterpolitik, Gleichstellung und Schutz vor Gewalt voranzubringen. Hier ist hohe Sensibilität, aber auch Hartnäckigkeit gefordert.

Ohne eine massive zivile Offensive ist der Erfolg in Afghanistan gefährdet. Die internationale Staatengemeinschaft ist aufgerufen, jetzt mit Realismus eine neue entwicklungspolitische Strategie zu bestimmen. Ohne eine kohärente, transparente und langfristige Strategie kann der Aufbau nicht erfolgreich sein.

#### **Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/8887 vom 23.04.2008: Entwicklung in Afghanistan – Strategien für eine wirkungsvolle Aufbauarbeit kohärent umsetzen:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/088/1608887.pdf>

Positionspapier Ute Koczy und Barbara Unmüßig: Afghanistan: Illusionen und Realitäten. Der steinige Weg des (entwicklungs-) politischen Aufbaus, September 2007

[http://www.gruene-bundestag.de/cms/internationales/dok/223/223415.kurswechsel\\_jetzt.html](http://www.gruene-bundestag.de/cms/internationales/dok/223/223415.kurswechsel_jetzt.html)

Flyer vom Juni 2008: Afghanistan Kurswechsel jetzt!:

<http://www.gruene->

[bundestag.de/cms/publikationen/dok/239/239338.flyer\\_afghanistan.html](http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dok/239/239338.flyer_afghanistan.html)

Ansprechpartnerin: **Ute Koczy**

### *Die Pariser Afghanistan Konferenz*

Die Bundesregierung hat am 25.06.2008 eine Regierungserklärung zur Afghanistan-Konferenz in Paris abgegeben. Seit Monaten fordern wir, dass das Thema Afghanistan endlich mehr Aufmerksamkeit erfährt und auch eine intensivere öffentliche Debatte geführt wird. Dabei darf es nicht nur darum gehen, die zweifellos gegebenen positiven Entwicklungen in Afghanistan zu präsentieren. Gerade weil die Lage in Afghanistan schwierig und undurchsichtig ist, muss offen über die Probleme und Hindernisse beim Wiederaufbau gesprochen werden. In der Regierungserklärung der Bundesregierung war dies nur ansatzweise zu erkennen.

Wer mehr Soldaten nach Afghanistan schickt, muss seinen Gesamtansatz erklären und eine selbstkritische Bilanz ziehen. Dies ist bisher unzureichend umgesetzt worden. Die Konferenz vom 12. Juni in Paris war als internationale Konferenz zur Überprüfung des 2006 in London beschlossenen "Afghanistan-Compact" geplant. In einem Antrag hatte die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen gefordert, die Konferenz zu nutzen und sich über realistische Ziele zwischen Gebergemeinschaft und afghanischer Regierung zu verständigen. Leider wurde die Konferenz nicht für eine solche kritische Bilanzierung genutzt, sondern als eine reine Geberkonferenz durchgeführt.

Kritische Stimmen konnten kaum durchdringen, die Zivilgesellschaft war zu wenig eingebunden. Obwohl Außenminister Steinmeier in Paris und in seiner Regierungserklärung selbst gesagt hat, dass es kein "weiter so" geben dürfe, sind bisher keine Anstrengungen der Bundesregierung erkennbar, um einen echten Strategiewechsel in Afghanistan einzuleiten. Der Aufbau im Bereich Polizei und Justiz hängt weit hinterher. Afghanische Kapazitäten sind unterentwickelt, die Vielzahl der internationalen Akteure hat immer noch keine einheitliche Strategie. Das gilt auch für den militärischen Bereich, wo die Anti-Terror Operation Enduring Freedom weiter existiert – ohne einwandfreie rechtliche Grundlage.

Mehr militärische Kräfte in Afghanistan allein werden die Probleme im Land nicht lösen. Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für eine konsequente Stärkung des zivilen Bereichs im Aufbau ein, die für die gesamte Bevölkerung spürbar wird. Dafür muss die internationale Gemeinschaft, aber auch die afghanische Regierung, ihrer Verantwortung gerecht werden. Die in Paris verpasste Chance zur Evaluierung und die Verständigung auf realistische Ziele muss so bald wie möglich nachgeholt werden.

#### **Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/9428 vom 04.06.2008: Staatsaufbau in Afghanistan – Pariser Konferenz zur kritischen Überprüfung und Kurskorrektur des Afghanistan Compacts nutzen:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/094/1609428.pdf>

AnsprechpartnerInnen: **Jürgen Trittin und Ute Koczy**

## 13.) *China*

### *Menschenrechtsslage in China*

Die Olympischen Sommerspiele in Peking und die jüngsten Unruhen in Tibet haben die internationale Gemeinschaft vor die Herausforderung gestellt, was der "richtige" Umgang mit der Volksrepublik China bezüglich seiner Menschenrechtspolitik ist. Die Bundesregierung ist in dieser Frage zerstritten und ersetzt derweil die fehlende Menschenrechtspolitik mit Symbolmaßnahmen.

Wir fordern die Bundesregierung mit unserem Antrag "Eine kohärente und konsistente Menschenrechtspolitik gegenüber China entwickeln" dazu auf, den Streit innerhalb der Regierungskoalition zu beenden und sich endlich auf eine wirksame und nachhaltige Menschenrechtspolitik zu einigen. Darüber hinaus haben wir in die Plenumsdebatte am 5. Juni einen Entschließungsantrag zu unserer Großen Anfrage zu der Menschenrechtsslage in China vor den Olympischen Spielen eingebracht, mit dem wir die Bundesregierung auffordern, von der chinesischen Regierung die Freilassung aller politischen Gefangenen zu fordern. Bei der Abstimmung zu diesem Antrag hat sich einmal mehr gezeigt, wie sehr die Koalition hinsichtlich ihrer Haltung zu China uneins ist – die Abstimmung verlief so unklar, dass am Ende ein Hammelsprung notwendig wurde.

Die Auseinandersetzung über Menschenrechtsfragen ist gut und notwendig – sie sollte aber auch irgendwann einmal in ein Konzept einfließen. Darauf warten wir bei der Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen noch immer.

#### **Weitere Informationen:**

Antrag Drs. 16/9422 vom 04.06.2008: Eine kohärente und konsistente Menschenrechtspolitik gegenüber China entwickeln:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/094/1609422.pdf>

Ansprechpartner: **Volker Beck**

### *Viele Fragen zur China-Politik der Bundesregierung*

Die Entwicklung Chinas wird in großen Teilen der Welt mit einer Mischung aus Angst, Besorgnis und gleichzeitig ungeheuren Hoffnungen beobachtet. Fragen von wirtschaftlichem Wettbewerb, drohenden Konflikten um Ressourcen, der mangelhaften Lage von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten sowie Chinas zukünftiger Rolle in einem multilateralen Machtgefüge stellen große Herausforderungen, nicht nur an westliche Staaten.

Nach dem Empfang des Dalai Lamas durch die Bundeskanzlerin im Kanzleramt ist die China-Politik der Bundesregierung zum Zankapfel zwischen Union und SPD geworden. Es geht dabei vor allem um die Frage, ob die "Menschenrechtspolitik" der Bundeskanzlerin dem (wirtschaftlichen) Verhältnis zu China Schaden zufügt.



Wir begrüßen ausdrücklich, dass es endlich in der Großen Koalition zu einer überfälligen Auseinandersetzung um die Rolle und Verankerung von Menschenrechten in der Außenpolitik gekommen ist. Wir können hier allerdings nicht ohne weiteres in den Jubelkurs zugunsten der Bundeskanzlerin einstimmen. Mit China über Menschenrechtsfragen zu sprechen, dies ist unser Anliegen und dies haben grüne Vertreterinnen und Vertreter immer getan. Die vor allem medienwirksame Aktion der Bundeskanzlerin hat im Ergebnis allerdings gerade dazu geführt, dass wichtige und bewährte Gesprächskanäle zugeschüttet wurden. Der von Rot-Grün eingesetzte Rechtsstaatsdialog wurde von China ausgesetzt, ebenso der Menschenrechtsdialog. Diese sind wichtige Instrumente, die in der Vergangenheit zu konkreten Fortschritten der Menschenrechtslage in China geführt haben. Wir fordern von der Bundeskanzlerin eine nachhaltige Menschenrechtspolitik, die mehr sein muss als Show.

Jenseits dieser Debatte bleiben viele weitere Fragen offen, die die China-Politik der Bundesregierung betreffen. Sie stehen momentan nicht im Fokus der Öffentlichkeit, offenbaren deshalb aber keine kleinere politische Schwachstelle. Es gibt bisher kein China-Konzept der Bundesregierung, das zwischen den Ressorts abgestimmt ist, das mit seiner Strategie und seinen Instrumenten zeitgemäß wäre. Diese Lücken tun sich in einer Zeit auf, in der die Bedeutung Chinas wächst, wie auch die Chancen und Risiken, die im Umgang mit diesem Land existieren. Mit unserer Großen Anfrage zu ihrer China-Politik fordern wir die Bundesregierung auf, diese offenen Fragen zu beantworten.

**Weitere Informationen:**

Antwort der Bundesregierung Drs. 16/9513 vom 06.06.2008 auf die Große Anfrage Drs. 16/7212: Zur China-Politik der Bundesregierung:  
<http://dip21.bundestag.btg/dip21/btd/16/095/1609513.pdf>

Ansprechpartner: **Jürgen Trittin**

## 14.) *Ute Koczy*

- **Südafrika:** Informationsreise der Kampagne „Virus Free Generation“ – März 2008
- **Ecuador:** AwZ - Delegationsreise – Februar/ März 2008
- **Ghana, Togo und Burkina Faso:** Begleitung von Außenminister Frank-Walter Steinmeier – Februar 2008
- **Washington DC:** Herbsttagung von Weltbank und IWF als Mitglied der offiziellen Delegation aus Bundestag und Bundesrat – Oktober 2007
- **Afghanistan:** auf Einladung der Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Heidemarie Wiecek-Zeul, Teilnahme an der internationalen Konferenz des "Afghanistan Development Forum" – April 2007
- **Tschad und Kamerun:** AwZ – Reise zur weltbankfinanzierten Pipeline – Januar 2007
- **Nigeria:** Auf Einladung der Katholischen Bischofskonferenz von Nigeria (CBCN) Teilnahme an der Konferenz "Nigeria: Making Oil and Gas Wealth Serve the Common Good" – Oktober/November 2006
- **Marokko:** Auf Einladung von Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul – Oktober 2006

**Alle Reiseberichte können Sie einsehen unter:**

<http://www.ute-koczy.de/cms/default/rubrik/10/10348.dienstreisen.html>

## **15.) Thilo Hoppe**

- **Guatemala und Paraguay:** Ländliche Entwicklung sowie Gespräche mit künftigen Präsidenten Paraguays, Fernando Lugo – Juli 2008
- **Brüssel:** Treffen europäischer Entwicklungspolitiker – Juni 2008
- **Rom:** UN-Welternährungsgipfel – Juni 2008
- **Nepal und Bangladesch:** Leiter einer Bundestagsdelegation – März/April 2008
- **Lissabon:** EU-Afrika-Parlamentariertreffen – Dezember 2007
- **Wien:** Konferenz zur Ächtung von Streumunition – Dezember 2007
- **Lissabon:** Treffen europäischer Entwicklungspolitiker – Oktober 2007
- **Brasilien:** Reise mit Jürgen Trittin und Bärbel Höhn zu Biokraftstoffen – Juli 2007
- **Bolivien und Peru:** Leiter einer Bundestagsdelegation – April 2007
- **Ghana:** mit Horst Köhler – Januar 2007
- **Brüssel:** Treffen europäischer Entwicklungspolitiker – Oktober 2006
- **Israel-Palästina:** Leiter einer Bundestagsdelegation – Juli 2006

**Ausgewählte Reiseberichte können Sie einsehen unter:**

**<http://www.thilo-hoppe.de/cms/default/rubrik/14/14420.dienstreisen.html>**

## 16.) Anträge (Auswahl)

	<u>Antrag</u>	<u>Datum</u>
Sexuelle Gewalt gegenüber Frauen in der Demokratischen Republik Kongo unverzüglich wirksam bekämpfen	Drs. 16/9779	Jun 08
Ursachen der Piraterie vor der somalischen Küste bearbeiten – Politische Konfliktlösungsschritte für Somalia vorantreiben	Drs. 16/9761	Jun 08
Vorschlag Ecuadors – Schutz Yasuní-Nationalpark (interfraktionell)	Drs. 16/9758	Jun 08
G8 – Gipfel in Japan	Drs. 16/9751	Jun 08
EA: Abgabe Regierungserklärung Ergebnisse Paris-Konferenz zu Afghanistan	Drs. 16/9692	Jun 08
Rahmenbedingungen für eine nachhaltige internationale Investitionspolitik	Drs. 16/9612	Jun 08
Staatsaufbau in Afghanistan	Drs. 16/9428	Jun 08
Kohärente und konsistente Menschenrechtspolitik gegenüber China entwickeln	Drs. 16/9422	Jun 08
Afrika beim Schutz der Umwelt, des Klimas und der Anpassung unterstützen	Drs. 16/9313	Mai 08
Tropenwaldschutz braucht solide Finanzierung	Drs. 16/9065	Mai 08
Oslo-Prozess zum Erfolg führen – Streumunition ächten	Drs. 16/8909	Apr 08
Strategische Partnerschaft zwischen EU, Lateinamerika und Karibik beleben	Drs. 16/8907	Apr 08
Erhalten, was uns erhält – Die UN-Konferenz zur biologischen Sicherheit	Drs. 16/8890	Apr 08
Entwicklung in Afghanistan	Drs. 16/8887	Apr 08
Vergaberecht reformieren	Drs. 16/8810	Apr 08
Stabilisierung Pakistans	Drs. 16/8752	Apr 08
NATO-Gipfel für Kurswechsel in Afghanistan nutzen	Drs. 16/8501	Mrz 08
Keine EU-Exportsubventionen für Schweinefleisch	Drs. 16/8404	Mrz 08
Kenia stabilisieren	Drs. 16/8403	Mrz 08
Nahrungsmittelhilfekonvention (interfraktionell)	Drs. 16/8192	Feb 08
Energie, Sicherheit, Gerechtigkeit	Drs. 16/8181	Feb 08
EU-Importverbot für illegales Holz durchsetzen	Drs. 16/8052	Feb 08
Den Klimawandel wirksam durch Urwaldschutz bekämpfen	Drs. 16/7710	Jan 08
EPAs zwischen EU und AKP-Staaten entwicklungsfreundlich gestalten	Drs. 16/7469	Dez 07
Nahrungsmittelhilfekonvention	Drs. 16/7470	Dez 07
EA: Einsatz dt. Streitkräfte bei Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA	Drs. 16/7161	Nov 07
Klimaverhandlungen in Bali zum Erfolg machen	Drs. 16/6960	Nov 07
Polizei- und Justizaufbau in Afghanistan beschleunigen	Drs. 16/6931	Nov 07
UN Wanderarbeiterkonvention ratifizieren	Drs. 16/6787	Okt 07
EA: Beteiligung dt. Streitkräfte bei der ISAF	Drs. 16/6661	Okt 07
Neujustierung der Auswärtigen Kulturpolitik	Drs. 16/6604	Okt 07
ISAF und OEF parlamentarisch gemeinsam behandeln	Drs. 16/6325	Sep 07
Maßnahmenpaket für Klimaschutz und konfliktarme Energieversorgung	Drs. 16/5895	Jul 07
Sicherheitspol. Kurswechsel in Afghanistan – Nebeneinander von ISAF und OEF beenden	Drs. 16/5587	Jun 07
Die EU-Zentralasienstrategie mit Leben füllen	Drs. 16/4852	Mrz 07
Politische Lösungen sind Voraussetzung für Frieden in Somalia	Drs. 16/4759	Mrz 07
UN-Resolution 1325 – Frauen, Frieden und Sicherheit	Drs. 16/4555	Mrz 07
Dt-brasilianischer Atomvertrag durch Erneuerbare-Energien-Vertrag ersetzen	Drs. 16/4426	Feb 07
Afrika auf dem Weg zu Demokratie und nachhaltiger Entwicklung unterstützen	Drs. 16/4425	Feb 07
Tourismus zur Armutsbekämpfung in den Partnerländern nutzen	Drs. 16/4181	Jan 07
G8 Heiligendamm	Drs. 16/4151	Jan 07
Wirtschaftspartnerschaftsabkommen EPAs	Drs. 16/4055	Jan 07
Rohstoffeinnahmen für nachhaltige Entwicklung nutzen	Drs. 16/4054	Jan 07
AIDS in Entwicklungsländern	Drs. 16/3610	Dez 06z
Frauen vor Genitalverstümmelung schützen	Drs. 16/3542	Dez 06
Entschließungsantrag zum Bundeswehrmandat für die OEF in Afghanistan	Drs. 16/3366	Nov 06
Für eine radikale und konsequente Klimapolitik	Drs. 16/3283	Nov 06

Hunger bekämpfen	Drs. 16/3019	Nov 06
Streumunition ächten – Zivilbevölkerung schützen	Drs. 16/2749	Sep 06
Hermesbürgerschaft Ilisu-Staudamm	Drs. 16/2626	Sep 06
Weltbank-Energiepolitik der Zukunft	Drs. 16/1978	Jun 06

Drs = Drucksache

## 17.) Kleine und große Anfragen (Auswahl)

	<u>Antwort</u>	<u>Datum</u>	<u>Anfrage</u>
Zur Menschenrechtssituation in den Ländern der Andengemeinschaft und Venezuela (gr)		Jun 08	Drs. 16/9866
Lage der Homosexuellen auf Jamaika (kl)	Drs. 16/9953	Jun 08	Drs. 16/9714
Zur Umsetzung des Aktionsplans - Zivile Krisenprävention (kl)	Drs. 16/9363	Mai 08	Drs. 16/9171
Vollzug der Haftbefehle des intern. Strafgerichtshofs in Darfur (kl)	Drs. 16/9397	Mai 08	Drs. 16/9194
Außenwirtschaftsförderung für Rüstungsexportgeschäfte	Drs. 16/9393	Mai 08	Drs. 16/9205
Internationales Jahr der sanitären Grundversorgung 2008 (gr)		Mai 08	Drs. 16/9387
Zur Umsetzung der EU-Zentralasienstrategie (gr)		Apr 08	Drs. 16/8951
Zur Menschenrechtssituation in Afghanistan (kl)	Drs. 16/8430	Mrz 08	Drs. 16/8430
Militärischer Kurswechsel in Afghanistan (kl)	Drs. 16/8432	Feb 08	Drs. 16/8144
Beitrag der dt. EZ zur Verbesserung der Stellung von Frauen in Entwicklungsländern (kl)	Drs. 16/7912	Jan 08	Drs. 16/7613
Sicherstellung des Menschenrechts der Religions- und Glaubensfreiheit (gr)	Drs. 16/1009	Jan 08	Drs. 16/7902
Frauen in Entwicklungsländer (kl)	Drs. 16/7912	Dez 07	Drs. 16/7613
China-Politik der Bundesregierung (gr)	Drs. 16/9513	Nov 07	Drs. 16/7212
MenschenrechtsbeobachterInnen in der Demokratischen Republik Kongo (kl)	Drs. 16/7603	Nov 07	Drs. 16/7363
Nachhaltigkeits- und Klimaschutzstrategien im Finanzsektor (kl)	Drs. 16/7093	Okt 07	Drs. 16/6719
Ausgestaltung der EU-Handelspolitik (kl)	Drs. 16/6556	Sep 07	Drs. 16/6495
Ziviler Aufbau und Lage der Frauen in Afghanistan (kl)	Drs. 16/6593	Sep 07	Drs. 16/6378
Bekämpfung des illegalen Holzhandels - Beitrag zum Klimaschutz (kl)	Drs. 16/6177	Jul 07	Drs. 16/6023
Menschenrechtssituation im Vorfeld der Olympischen Spiele in Peking (gr)	Drs. 16/7273	Jul 07	Drs. 16/6175
Rüstungsexporte aus Pakistan (gr)	Drs. 16/7969	Jul 07	Drs. 16/6004
Verwertung und Entsorgung von Elektro-, Elektronikaltgeräten (kl)	Drs. 16/5868	Jun 07	Drs. 16/5570
Entwicklungsbank des Europarates (CEB) (kl)	Drs. 16/5061	Apr 07	Drs. 16/4926
Zertifizierung von Rohstoffen in der Demokratischen Republik Kongo (kl)	Drs. 16/4810	Mrz 07	Drs. 16/4551
Aufklärung über Tornado-Einsatz und Gesamtstrategie für Afghanistan (kl)	Drs. 16/4548	Feb 07	Drs. 16/4325
Unternehmerreise in den Sudan (kl)	Drs. 16/4529	Feb 07	Drs. 16/4340
Wiederaufbau und zur Lage in Afghanistan (gr)	Drs. 16/6312	Jan 07	Drs. 16/4243
Humanitäre Katastrophe in Darfur (gr)	Drs. 16/4616	Nov 06	Drs. 16/3526
Müllexporte in Entwicklungsländer (kl)	Drs. 16/3422	Okt 06	Drs. 16/3203
Schwerpunkte der G8-Präsidentschaft (kl)	Drs. 16/3516	Okt 06	Drs. 16/3204

## 18.) Mündliche und schriftliche Fragen (Auswahl)

	<u>Frage</u>	<u>Datum</u>
Ilisu-Staudamm	Drs. 16/9516	Jun 08
Welternährungskrise	PP. 16/168	Jun 08
Stand der Institutionenreform	Drs. 16/7792, Nr. 39	Jan 08
Mittel für Afghanistan	Drs. 16/7792, Nr. 1	Jan 08
Straffung dt. EZ Strukturen, Einsatz zusätzlicher Gelder in Afghanistan	Drs. 16/7792, Nr. 1, 39	Jan 08
Finanzierung des Camisea-Projektes in Peru durch die IFC der Weltbank	Drs. 16/8311, Nr. 88 - 91	Feb 08
Verbleib von Kulturgütern aus ehemaligen deutschen Kolonialgebieten	Drs. 16/7052	Nov 07
Hauhaltstitel/ Mittel Bekämpfung AIDS, Tuberkulose und Malaria, Infektionskrankheiten	Drs. 16/6218, Nr. 178,179	Aug 07
Erkenntnisse über die Verbrennung von PFT, Zulassung von Altanlagen	Drs. 16/6079, Nr. 164-166	Jul 07
AIDS	Drs. 16/5560, Nr. 122, 123	Jun 07
Handlungsrahmen für AIDS-gefährdete Kinder	Drs. 16/4495, Nr. 50	Mrz 07
Ilisu-Staudamm	Drs. 16/4633, Nr. 30-32	Mrz 07
Schwimmende Raffinerien / Giftmüll	Drs. 16/3710, Nr. 55, 56, 62	Dez 06
Westsahara	Drs. 16/3570	Nov 06

PP = Plenarprotokoll (zu finden unter <http://www.bundestag.de/bic/index.html>)

## 19.) Reden

- **Ute Koczy:** <http://www.ute-koczy.de/cms/default/rubrik/10/10728.reden.html>
- **Thilo Hoppe:** <http://www.thilo-hoppe.de/cms/default/rubrik/1/1510.reden.html>

## 20.) *Publikationen*

### Flyer

- Afghanistan. Kurswechsel jetzt! – Juni 2008:  
[http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dok/239/239338.flyer\\_afghanistan.html](http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dok/239/239338.flyer_afghanistan.html)
- Dreieckige Geschäfte – Für eine faire Rohstoffpolitik – Februar 2008:  
[http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dok/219/219839.flyer\\_faire\\_rohstoffpolitik.html](http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dok/219/219839.flyer_faire_rohstoffpolitik.html)
- Essen satt. Den Hunger bekämpfen – November 2007:  
[http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dok/205/205588.flyer\\_hunger\\_bekaempfen.html](http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dok/205/205588.flyer_hunger_bekaempfen.html)

### Broschüren

- Grün global – green global Internationale Politik in gemeinsamer Verantwortung – Januar 2008:  
[http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dok/213/213062.broschuere\\_green\\_global\\_internationale\\_p.html](http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dok/213/213062.broschuere_green_global_internationale_p.html)
- Die Zeit drängt – G8-Staaten in der Verantwortung – März 2007:  
[http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dok/181/181050.broschuere\\_die\\_zeit\\_draengt.html](http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dok/181/181050.broschuere_die_zeit_draengt.html)

### Reader

- Afrika und Europa – Aufbruch zu einer neuen Partnerschaft – Februar 2008:  
[http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dok/221/221271.reader\\_afrika\\_und\\_europa.html](http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dok/221/221271.reader_afrika_und_europa.html)
- Global und Fair – Grüne Beiträge zur internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik – Juni 2007:  
[http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dok/203/203695.reader\\_global\\_und\\_fair.html](http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dok/203/203695.reader_global_und_fair.html)

## 21.) *Internet*

- Homepage der Bundestagsfraktion:  
<http://www.gruene-bundestag.de>
- Themenrubrik Entwicklungszusammenarbeit:  
<http://www.gruene-bundestag.de/cms/default/rubrik/10/10002.entwicklungszusammenarbeit.html>
- Newsletter Nord-Süd Politik:  
<http://www.gruene-bundestag.de/cms/newsletter/rubrik/0/70.newsletter.html>

## *Kontakte*

	<p>Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Arbeitskreis IV Platz der Republik 1 11011 Berlin Tel. 030/227 58944 ak4@gruene-bundestag.de</p>	
Mitglieder im AwZ	<p><b>Ute Koczy MdB,</b> Sprecherin für Entwicklungspolitik Obfrau AwZ Tel. 030/ 227 73150 Fax 030/ 227 76079 ute.koczy@bundestag.de Mitarbeiter: Stefan Engstfeld</p>	<p><b>Thilo Hoppe MdB,</b> Vorsitzender des AwZ, Leiter der AG Globalisierung Tel. 030/ 227 71870 Fax 030/ 227 76869 thilo.hoppe@bundestag.de Mitarbeiterin: Katrin Erlingsen</p>
StellvertreterInnen im AwZ	<p><b>Undine Kurth MdB,</b> Sprecherin für Naturschutz- und Tierschutzpolitik Tel. 030/ 227 75223 undine.kurth@bundestag.de Mitarbeiterin: Ariane M. Meier</p> <p><b>Wolfgang Strengmann-Kuhn MdB,</b> (ab 24.06.2008 im AwZ) Sprecher für Außenwirtschaftspolitik Tel. 030/ 227 73569 wolfgang.strengmann-kuhn@bundestag.de Mitarbeiter: Manuel Emmler</p>	<p><b>Hans Christian Ströbele MdB,</b> (bis 23.06.2008 im AwZ) Politischer Koordinator Arbeitskreis 3 Tel. 030/ 227 71503 hans-christian.stroebele @bundestag.de Mitarbeiter: Kurt-Dietmar Lingemann</p>
Weitere AnsprechpartnerInnen	<p><b>Kerstin Andreae MdB,</b> Sprecherin für Wirtschaftspolitik Tel. 030/ 227 71480 kerstin.andreae@bundestag.de</p> <p><b>Cornelia Behm MdB,</b> Sprecherin für Agrar-, Waldpolitik, ländliche Räume und regionale Wirtschaftspolitik Tel. 030/227 71565 cornelia.behm@bundestag.de</p> <p><b>Bärbel Höhn MdB,</b> Politische Koordinatorin Arbeitskreis 2 Tel. 030/227 74519 Baerbel.hoehn@bundestag.de</p> <p><b>Jürgen Trittin MdB,</b> Politischer Koordinator Arbeitskreis 4 Tel. 030/227 72247 juergen.trittin@bundestag.de</p>	<p><b>Volker Beck MdB,</b> Sprecher für Menschenrechtspolitik Tel. 030/227 71511 volker.beck@bundestag.de</p> <p><b>Dr. Uschi Eid MdB</b> Sprecherin für auswärtige Kulturpolitik Tel. 030/227 71575 uschi.eid@bundestag.de</p> <p><b>Kerstin Müller MdB,</b> Sprecherin für Außenpolitik Te. 030/227 71022 kerstin.mueller@bundestag.de</p>
Fraktionsreferent	<p><b>Helmut Breiderhoff</b> Referent für internationale Strukturpolitik Tel. 030/ 227 57704 helmut.breiderhoff@gruene-bundestag.de</p>	





